



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

15.12.1931 (Nr. 162)

LÖTZ

Bremer Nationalsozialistische Zeitung Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Einzelpreis 15 Pfennig

15. Dezember 1931 • Nummer 162

Preissenkung?!

Essen, 14. Dez. Wie das Rheinisch-Westfälische Kohlenbündel auf Anfrage mitteilt, ist es dem Ruhrkohlenbergbau wegen seiner wirtschaftlichen Notlage unmöglich, die Kohlenpreise vor dem in der Notverordnung vorgesehenen Termin, d. h. 1. Januar 1932, herabzusetzen. Die Ankündigungen einer vorzeitigen Preissenkung erwiesen sich damit als hinfällig.

Verlagsort Bremen. Herausgeber: Kurt Thiele. Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung, Kurt Thiele. Geschäftsstelle und Redaktion: Papenstr. 15. Sprechstunden der Redaktion: Montag bis Freitag von 17 bis 19 Uhr. — Fernsprecher Domshöhe 25878

Die LÖTZ erscheint jeden Freitag u. kostet RM. 1,00 frei Haus, durch die Post zuzügl. 38 Pfg. Beleggeld. Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Betriebsstörung, Streik, Verbot, Aussperrung usw. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachzahl. des Bezugspre.

Anzeigenberechnung: Hefige die 10gep. Nonp.-Zeile RM. 0,25, auswärts RM. 0,30, im Text die 4gepalt. Zeile RM. 0,50, auswärts RM. 1,—. Stellengedruckte u. Familien-Anzeigen RM. 0,10. Kleine Anzeigen RM. 0,15. Platzverpflichtungen ohne Verbindlichkeit.

Hindenburg soll nach Amerika

Hörsing geplagt! - Decker-Prozeß: Heute Vernehmung der SA

Zum SA-Prozeß:

DieersteÜberraschung

Gleich der erste Prozeßtag brachte eine große Überraschung. Alle SA-Leute, die 4 Wochen vor dem 9. November erklärt hatten, in 4 Wochen würden sie alle Braunkohle in Bremen vernichtet haben, alle diese „Geldern“ wurden vor dem hohen Gericht zu stammelnden Unsicherheiten, die bei einem harmlosen Vergnügen aufgeführt von bis an die Gänge bewaffneten Nazis überfallen und zusammengeklappt wurden, soweit sie nicht rechtzeitig flüchten konnten.

Man hat wohl selten eine solche Sammlung flüchtiger Mißhandlungen auf einem Haus gesehen wie hier. Besonders grotesk wird dieses Ergebnis noch durch die Tatsache, daß wahrscheinlich keiner von diesen Geldern seinen blutigen Untaten wird überführt werden können, weil weder der tote Decker noch die anderen Schwerverletzten als Zeugen gegen sie auftreten können. Wie Decker seinen tödlichen Schlag erhielt, wie die Tugend von schweren Statuenverletzungen bei unseren SA-Leuten entstanden sind, das scheint ein ungelöstes Rätsel — jedenfalls für das Gericht — bleiben zu sollen. Dennoch könnten dann auch die Strafen auf die gleichen Leute fallen, die als Überfallene schwer verletzt wurden.

Die Vernehmung der SA-Leute brachte manch heiteren Moment in die Verhandlung, wenn es auch deutlich zu erkennen war, daß bestimmte Verabredungen vorlagen. Aber wie das immer der Fall ist, im Kreuzfeuer der Fragen verließ sie das auswendig gelernte Konzept, sie gerieten ins Stottern und die einzelnen SA-Leute begannen sich heillos zu widersprechen. Der Vorsitzende stellte schließlich reichlich erbost fest: „Ich bekomme von den SA-Leuten keine einzige Aussage, die zu der vorhergehenden paßt.“ Die einen behaupten, vor den anstürmenden Nazis gleich geflüchtet zu sein, — einer bis in den Stadtgraben hinein — ein anderer sein Fahrrad wegzubringen, ein Dritter seine Frau vom Theater abholen, ein Vierter nach Haus gehen zu wollen und schließlich nach dummdreist-theatralischem Ton ein Seufzer auf die Aussage nur „aus Gründen der Menschlichkeit“ auf die Straße gelaufen zu sein, um eventuell Verurteilten zu helfen. Folter kann man die Entstellung wohl kaum treiben und auch der Vorsitzende hatte Mühe, den unwilligen Redeschwall des Gabelmühen zu dämpfen. Ein anderer wiederum, der in seinem Polizeiprotokoll davon gesprochen hat, daß er immer der erste gewesen sei, behauptet jetzt, stets der letzte gewesen zu sein. So schwanken die Aussagen hin und her und ein klares Bild ist von dieser Seite nicht zu gewinnen, es sei denn, man glaubt ihnen, daß keiner von ihnen einen SA-Mann bedrückt hätte und diese sich ihre Verletzungen selbst beigebracht haben.

Bemerkenswert ist lediglich die immer wiederkehrende Behauptung, daß alle durch unsinnige Gerüchte aufgeschüttet worden seien, deren Quelle mehr oder weniger aus dem Volksmund stammt. Einer sagt denn schließlich auch ganz offen: „Das habe alles in der „Volkszeitung“ gefunden“, eine Erkenntnis, die z. B. der Polizeipräsident von Bremen schon lange gehabt hat.

Hindenburg soll nach Amerika

Washington, 14. Dez. Der Abg. Collins (Demokrat) forderte in einer Rede im Repräsentantenhaus den Präsidenten Hoover auf, Reichspräsident von Hindenburg sofort zu einem Besuch in Washington einzuladen. Deutschland sei bisher von den Vereinigten Staaten „nebenächlich“ behandelt worden. Falls Hindenburg nicht in der Lage sei, der Einladung Folge zu leisten, sollte er einen Vertreter entsenden. (Soll Weisner mitfahren?)

Collins kritisierte die Annahme des radikalen Standpunktes in der deutschen Frage

durch den Präsidenten Hoover heftig und wies darauf hin, daß Deutschland in der europäischen Politik die wichtigste Rolle spiele und der Mittelpunkt der Kreditkriege sei. Mit bitteren Worten wandte sich Collins dagegen, daß die Washingtoner Regierung den Deutschen nicht die gleiche Gelegenheit zur Darlegung ihres Standpunktes gegeben habe wie den Franzosen.

„Warum hat Hoover den deutschen Standpunkt zurückgewiesen, warum hat er das Vorhandensein dieser edlen Nation, die 28 v. H. unserer Bevölkerung stellt, unbeachtet gelassen?“

Und wieder SPD-Verrat

In der Sitzung der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am Montag nachmittag wurde eine Entschließung gefaßt, in der es heißt:

„Die Notverordnung vom 8. Dezember ist von einer Regierung erlassen, der kein Sozialdemokrat angehört. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion lehnt jede Verantwortung für jene Teile der Notverordnung ab, die eine neue Befassung der Arbeiter, Angestellten und Beamten mit sich bringen. Sie erhebt gegen die Eingriffe in das Tarifrecht, gegen die Senkung der Löhne, Gehälter und Sozialrenten scharfen Protest. In ihrem Bestreben, die schädlichen Bestimmungen der Notverordnung durch erträgliche zu ersetzen, findet die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion bei den Parteien der verantwortungslosen Opposition keine Unterstützung. Sie ist nicht in der Lage, mit ihnen eine Regierung bilden zu können, die die Verordnung vom 8. Dezember durch eine bessere ersetzt. Ein Aufhebungsbeschluß des Reichstages kann deshalb eine praktische Wirkung nicht haben. (!) Eine politische Krise im gegenwärtigen Augenblick würde aber nur die Verwirrung steigern, die Verbindungen mit dem Ausland ins Stocken bringen, die Wirtschaftskrisis und mit ihr das Massenelend verschärfen. Notwendig ist es, die bestehenden Gärten, die die Notverordnung für einige Arbeiterkategorien mit sich bringt, zu beseitigen. Durch stärksten Massendruck muß dahin gewirkt werden, eine Verbilligung der gesamten Lebenskosten zu erreichen, die zu den Lohnkürzungen den notwendigen Ausgleich schafft. Unter Hinweis auf die Erklärung der Reichsregierung, daß es brennende Pflicht der Regierung sei, darauf zu achten, daß der jetzige Stand von Löhnen und Gehältern nur bei einem entsprechend tiefgehaltenen Stande aller Preise aufrechterhalten bleiben könne, erklärt die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion, daß auch für sie eine neue Lage entstanden sein werde, wenn sich herausstellt, daß die Senkung der Preise mit jener der Löhne nicht Schritt hält. Sie behält sich für diesen Fall ihre weiteren Entschlüsse vor.“

Ovambos-Ende

Berlin, 14. Dez. Wie H. erfährt, hat der Führer des Reichsbanners, Hörsing, einen längeren Urlaub angetreten. Die vorläufige Führung des Reichsbanners übernimmt der bisherige 2. Bundesführer des Reichsbanners und Hauptgeschäftsführer der Sozialdemokratischen „Volksstimme“ in Magdeburg, Höltermann. Die Bekanntgabe des endgültigen Rücktritts Hörsings von der Leitung des Reichsbanners dürfte in Kürze erfolgen. Die endgültige Entscheidung fällt in der Bundesversammlung am Mittwoch. In dieser Sitzung wird auch über die Verlegung des Sitzes des Bundesvorstandes von Magdeburg nach Berlin beschloffen werden.

Die „Volkszeitung“ dagegen ist natürlich weiter bemüht, ihre eigene Schuld und die ihrer Freunde auf die NSDAP abzuwälzen. Ihre gestrige Ausgabe ist wieder ausschließlich diesem Zweck gewidmet, wenn sie auch gleich zu Beginn ihres Berichtes ihr ganzes Rügegebäude selbst zum Einstürzen bringt. Sie schreibt nämlich, daß man sich nur dann ein richtiges Bild von den „Stimmungen“ machen könne, wenn man die „Stimmung“ in Betracht zieht, auf deren Boden die Auseinandersetzungen erst entstanden sind. Bisher haben alle Angeklagten als Begründung ihrer Stimmung und Klammern-

reitschaft den Wut unsinniger Gerüchte angegeben, der am 9. November und vorher von der „Volkszeitung“ zu durchgeführten Zwecken in Umlauf gesetzt worden waren, der kümmerliche Versuch aus unserem Artikel „Endkampf um Bremen“ die Aufforderung zu einem Überfall mit Spaten und Meißern herauszuleiten, ist kläglich gescheitert.

Es ist selbstverständlich, daß die „Volkszeitung“ dem Bericht vorgeht und die Anklage des Staatsanwaltes in demagogischen Weise für sich ausschlägt. Wir werden auf diese Darstellung zu gegebener Zeit zurückkommen.

„Wir allein haben abgerüstet!“

Gröner-Interview gegen Wehrverband-Legende

Berlin, 15. Dez. In einem Interview an International News Service nimmt Reichswehrminister Dr. Gröner eingehend Stellung zu der Frage, ob die französische Ansicht von der Überlegenheit des deutschen „potentiel de Guerre“ berechtigt ist und bezeichnet zunächst die immer wieder vorgebrachte Behauptung von dem militärischen Wert der deutschen Wehrverbände als eine Legende. Militärischer Wert könne nur auf einer sorgfältigen militärischen Schulung und auf der Übung im Waffengebrauch beruhen. Beide Voraussetzungen fehlten bei den deutschen Wehrverbänden vollständig.

Außerdem fehle es ihnen an Waffen jeder Art; die alten Bestände seien vernichtet. Neuankaffungen dürften nur in wenigen, genau vorgeschriebenen Fällen erfolgen. Die übrige Rüstungsindustrie Deutschlands sei zerstört. Die Reichswehr selbst verfüge nur über eine Garnitur an Waffen und Ausrüstung, sei also nicht in der Lage, im Kriegsfall die Wehrverbände zu bewaffnen.

Den französischen Vorschlag auf Schaffung einer Völkerbund-Luftflotte lehnt Gröner ab. Die jetzigen Vorgänge in der Mandatschüre zeigten die Schwierigkeiten für die Aufstellung einer militärischen Ersatzmacht des Völkerbundes. Außerdem lege eine solche die Preisgabe eines Teiles der staatlichen Souveränität der Völkerbundsmitglieder voraus, während gerade Brund als die Grundlagen des Völkerbundes die Souveränität der Staaten und die Gleichheit ihrer Rechte genannt habe.

Das Gebot der Stunde heiße Abrüstung und nicht Sabotage durch Aufwerfen von Problemen, deren Lösung entweder undurchführbar oder erst in ferner Zukunft möglich sei.

Auf die Frage, wodurch Deutschland sich in seiner nationalen Sicherheit bedroht fühle, verweist der Reichswehrminister auf den gewaltigen Unterschied zwischen den Rüstungen seiner Nachbarn und seiner Entwaffnung. Sinter den aktiven Friedensbrechern der Nachbarn Deutschlands, die fast eine Million stark seien, ständen nahezu 10 Millionen ausgebildeter Reservisten, für die eine ungeheure Bewaffnung und Ausrüstung in den Arsenalen bereitliege. Die Grenzen der Nachbarn seien außerordentlich stark befestigt, während Deutschland an seiner Westgrenze eine entmilitarisierte Zone habe und auch an der Ost- und Südgrenze keine Befestigungen anlegen dürfe. Der Minister zeigte dann noch im einzelnen auf, wie das gleiche Mißverhältnis der militärischen Stärke auch in der Gerüstung besteht und erklärt zum Schluß: „Aus diesem Unterschied an Macht und aus den feierlichen Verpflichtungen der Siegermächte, dem deutschen Beispiel in der Abrüstung zu folgen, ergeben sich die Gründe der deutschen Abrüstungspolitik.“ Sie lassen sich in die kurzen Worte zusammenfassen: Gleichberechtigung, Gleichheit in den Methoden der Abrüstung und gleiche Sicherheit für alle Völkerbunds-

mitglieder. Es gibt keine Gleichberechtigung, solange in der internationalen Abrüstung zwischen Siegermächten und besiegten Staaten unterschieden wird. Es gibt keine Sicherung der Sicherheitsfrage, solange Deutschland den Gefahren der übermächtigen Offensivkräfte seiner Nachbarn ausgeliefert ist. „Sicherheit durch Abrüstung“ und nicht „Erisi-Sicherheit durch Abrüstung“, heißt die Parole für die Abrüstungskonferenz 1932 und für die Geländung der Welt in wirtschaftlicher, politischer und moralischer Hinsicht.

Neue Notverordnung in Preußen

Berlin, 15. Dez. Im preussischen Staatsministerium finden, wie der „Total-Anzeiger“ erfährt, seit Tagen Besprechungen über eine Notverordnung statt, die die Angleichung der bisher von Preußen erlassenen Bestimmungen an die durch die Notverordnung des Reichspräsidenten getroffenen Bestimmungen auf finanziellen Gebiet enthalten soll. Die Notverordnung, die noch vor Weihnachten veröffentlicht werde, bringe starke Einschränkungen im Zutritt durch Abbau einer ganzen Reihe von Amtsgerichten. Außerdem verleihe die preussische Regierung, den schon vor längerer Zeit im Innenministerium ausgearbeiteten Plan durchzuführen, der die Zusammenlegung einer größeren Reihe von Kreisen vorsehe. Dazu kämen Einschränkungen im Landbesitzgesetz, die sich vor allem auf Forstwirtschaft beziehen würden. Ob die Kläre des früheren Finanzministers Götter-Nachf. die Altersgrenze für die Beamten herabzusetzen und dabei außerdem im Interesse der Angestellten eine herabsetzung der Altersgrenze für Lehrer vorzunehmen, in die preussische Notverordnung Aufnahme finden würden, stehe noch nicht fest. Die Notverordnungen seien noch nicht ganz abgeschlossen.

Kommunistische Schmierfinken in Butholz

In einer der letzten Nächte wurden in Butholz fast alle Häuser, in denen Stahlhelmer oder Nationalsozialisten wohnten, von großen roten Geknerten verheert. Die Stufen der Treppe wurden mit Aufschreien „Mittwoch“ verheert. Bei einem Steinmetzmeister am Bahnhof wurden sämtliche Grabsteine mit Geknerten verheert. Hier ist die Farbe in die Politik eingedrungen, so daß die Steine abgeklüfft und neu poliert werden müssen. Dem Steinmetzmeister entsteht dadurch ein Schaden von mehreren tausend Mark. Die Polizei hat sofort Ermittlungen nach den Tätern eingeleitet und mehrere Hausdurchsuchungen vorgenommen. Als Täter sind drei Kommunisten festgenommen worden.

Seiffert soll alle Schuld haben

Der Hauptauschuss des Preussischen Landtages beschloß am Montag mit dem Zusammenbruch der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz. Dabei teilte der Vertreter des Handelsministeriums mit, daß der Zusammenbruch in der Hauptfrage auf unsolide und ungelückte Handhabung der Geschäfte zurückzuführen sei.

Der geflohene Direktor Seiffert sei der ausschlaggebende Aktionär und zur alleinigen Vertretung der Gesellschaft berechtigt gewesen. Er sei unumgänglicher Herr gewesen und die Revision sei auch durch ihn ausgeübt worden. Niemand habe sonst etwas zu sagen oder zu prüfen gehabt. Die Mittelstandsbesitzer seien nur etwa 5,5 Millionen Mark gegeben worden. Es habe eine Wirtschaft geherrscht, die unumschließbar zum Zusammenbruch habe führen müssen.

Im Zusammenhang der Krise sei eine starke Entwertung der Werte eingetreten. Trotz-

dem seien noch 10 v. S. Dividende verteilt worden und das Reich habe im September, um die Illiquidität zu verhindern, drei Millionen ausgegeben. Der Vergleichsvorschlag besagt, daß alle Gläubiger bis zu 100 Mk. voll befriedigt und die anderen Gläubiger zunächst mit 30 v. S. abgefunden werden sollen. Das würde etwa 20 Millionen ausmachen. Die Beträge sollten auch sofort ausbezahlt werden; doch sollten die 30 v. S. nicht endgültig sein, sondern bei einer Besserung der Verhältnisse würden die Gläubiger mehr erhalten können. Der preussische Staat könne für die Bank nicht eintreten. Man habe die Absicht gehabt, sie zu halten; das sei aber jetzt zweifelhaft geworden. Die Berliner Bank solle gerettet werden; bei der Berliner Bank stehe die Sache ungelöst. Der Reichskommissar wolle aber alles zur Erhaltung dieser Bank tun.

Nach einer Aussprache vertrat der Ausschuss die Weiterberatung dieser Angelegenheit, um die Darlegungen der Regierung eingehend zu prüfen.

Kleine Politik

Aufgabe des Goldstandards in Japan.

Wie bereits angekündigt, hat die japanische Regierung nunmehr die Aufgabe des Goldstandards beschlossen.

Churchill vom Automobil überfahren

Nach einer Meldung aus New York wurde Churchill dort beim Überfahren eines Fahrdammes unter Nichtbeachtung der Verkehrsregeln von einem Automobil überfahren. Er erlitt Verletzungen an Stirn und Nase und verlor die rechte Schulter. Sein Zustand gestattete ihm am heutigen Montag die Rückkehr aus dem Krankenhaus in sein Hotel.

Kriegsschiff gesunken

Nom, 14. Dez. Der Tender der italienischen Kriegsmarine „Teseo“, das ehemalige österreichische Hilfskreuzer „Gerfules“, ist bei der Insel Tavorola in der Nähe von Sardinien gesunken. Von der Besatzung, die etwa 140 Mann zählte, haben nach den amtlichen Meldungen, 30 den Tod in den Wellen gefunden. Auch der deutsche Dampfer „Tapani“ hat sich an dem Rettungswerk beteiligt.

Handelsvertrag von der Schweiz gekündigt

Der Schweizerische Bundesrat hat am Montag beschlossen, den Handelsvertrag mit Deutschland zum 4. Februar zu kündigen.

verrat überholt und könnten nicht mehr angewendet werden, denn sie stammten aus der Monarchie. In der Republik sei es unmöglich, diese alten Bestimmungen zur Anwendung zu bringen. Es werde ihm vorgeworfen, daß er gewalttätig die Verfassung und Regierungsform ändern wollte. Er habe keineswegs die Absicht gehabt, einen Putsch zu machen. Die Voraussetzung dafür wäre gewesen, sofort die Kolonnen und Polizeigebäude zu besetzen. Im Gegensatz hierzu sei überall der Befehl ergangen, es zu keinen Zusammenstößen mit der Staatsgewalt ankommen zu lassen. Er habe von vornherein nicht die Absicht gehabt Gewalt anzuwenden. Es habe sich also nach der Darstellung Frimmers gar nicht um einen Putsch im Sinne der Anklage, sondern um ein Waffenaufgebot der Heimwehr gehandelt, wie es schon früher vielfach vorgekommen sei.

Nationalsozialistische Fliegervereinigung aber keine Luftflotte. — Eine Erklärung des Brauns Hauses.

München, 14. Dez. Zu der Meldung der „B. Z.“ am Mittwoch über die Errichtung eines nationalsozialistischen Fliegerkorps am 1. Januar 1932 wird vom „Brauns Haus“ mitgeteilt, daß es sich keineswegs um etwas Geheimnisvolles handle. Genau so wie Dutzende Fliegervereinigungen in Deutschland beständen und wie in der NSDAP bereits ein Automobilsport auf sportlicher Grundlage die Automobilsport der Partei zumal mit flugsportlichem Interesse geschaffen werden. Die Aufforderung dazu sei in dem NS-Mitteilungsblatt veröffentlicht worden. Es sei also lächerlich, wenn die ganze Sache als etwas Geheimnisvolles aufgefaßt werde. Den vorhandenen Flugvereinigungen solle Gelegenheit zur Uebung gegeben werden, damit sie vor allem auch ihren Angehörigen nicht verlernen und im gegebenen Falle als Propagandaflyer bei Werbemaßnahmen und Wahlen eingesetzt werden könnten. In die Beschaffung eigener Flugzeuge könne gar nicht gedacht werden, da der Partei die Mittel dazu fehlten. Die Partei verfüge über kein eigenes Flugzeug, wegen der kommunikativen Flugverbote der Gewerkschaften etwa zwei Dutzend Flugzeuge besitze und sich damit in die innerbühnen Verhältnisse anderer Staaten einmische. Bei der geplanten Vereinsgründung der NSDAP handle es sich aber um eine gewöhnliche Einrichtung, derart, wie sie in Deutschland zu Dutzenden bestünden.

Gib Dein Kampfblatt weiter!

SOLO

Lange, tiefe Züge... welch' Genuß bei einer SOLO. Eine 3/3 Pfennig-Zigarette, die bestimmt mehr bietet, als ihr Preis vermuten läßt

Die neue Lesmona SOLO • Auch ohne Mundstück, dick und rund • Konzernfrei!



SOLO

3/3

Pf

Gitarre EINE DEUTSCHE BEWEGUNG von E. CZECH-JOCHBERG

Am nächsten Tage griff Gitler mit bebender Hand nach dem „Münchener Beobachter“. Was's gelungen?

Die Augen sprangen in wilden Sägen über die Seiten. Da: „Verlammlung im Münchener Hofbräuhauskeller...“

Es war doch gelungen, eine Anzeige unterzubringen. Groß war sie freilich nicht, stand gleich neben der Anzeige eines Gelangverweises, der einen Toten beklagte. Aber es war eben doch eine Anzeige.

Ob der Saal nicht zu groß war? Ob man ihn füllen konnte? Gewiß, es war nur ein lächerlicher Raum gegen den anderen Saal im selben Hause, den ungeheuren, um dessen riesenhafte Kronleuchter die Rauchschwaden tausender Zigarren zogen, durch den der Raum Tausender angeregter Menschen klang, während viele Dutzende der Kellnerinnen wie schwerbeladene Bierkisten hin und her segelten. —

Nein, ihr Saal war der ganz kleine. Aber er füllte immer noch hundertdreißig Menschen. Und hundertdreißig waren das letzte Gefühls!

Das Hauptreferat war einem Münchener Professor zugeordnet. Zweiter Redner Gitler. Sehr gegen den Willen des Vorklängenden.

„Dieser Gitler ist ein feiner Kerl und ein geschickter Kerl. Aber ihr könnt sagen, was

ihr wollt, er ist kein Redner... nein, nein, nein, er ist kein Redner! Er spricht er viel zu leise, dann wieder schreit er zu viel... aber er soll seinen Willen haben, und ihr sollt euren Willen haben, ich lasse ihn reden.“

Gitler stand inzwischen betreten am Eingang und ließ seinen Blick in dem weiten, leeren Raum herumirren. Das war eine „Reitschule“, wie man beim Militär sagte, und kein Vereinszimmer. Wie sollte der Raum gefüllt werden können?

Es kamen aber doch ein paar Leute. So gar schon vor sieben Uhr, dem Verlammlungsbeginn. Punkt sieben Uhr wurden vierzig gezählt. Oh! Vorstand Gatter rief sich fünf Minuten nach sieben die Hände: Fünfzig Personen. (Dieser Gitler hatte recht mit seiner Zeitungsanzeige. War überhaupt ein fluger Burleske... wenn er nur reden könnte!)

„Sollen wir anfangen?“ brüllte der Professor.

Aber Herr Gatter war gar nicht anfangen geworden. Er sagte allen Entsetzes: „Warten wir ein Weilchen, ich mein, es kommen noch welche.“

Es kamen noch welche. Jetzt waren's schon achtzig.

Als es hundert waren, ließ Gatter anfangen. Denn daß noch mehr Menschen kommen würden, war doch einfach ausgeschlossen!

Gatter stand schon auf dem Podium, da quetschten sich noch elf Personen hinein: Einhundertelf Personen... einen solchen Erfolg hätte sich niemand, auch Gitler nicht, in seinen kühnsten Träumen zu erhoffen gewagt.

Gitler lehnte an der Wand, dachte nicht darüber nach, was er sprechen sollte, wußte, er würde es aus sich herausquellen lassen. Er war ja so überflutet von Gedanken und Wünschen und Sorgen. Sie sollten in breitem Strome hervordringen, diese Sorgen um sein teures... sein Volk.

So ballte sich, wie er da am Pfeiler stand, ganz von selbst die Rede.

Dann stand er oben. Die ersten Worte waren noch blutleer. Waren zusammengefaßt, nicht zusammengefaßt wie Stahl.

Man fühlte noch Raum zwischen den Gedanken, es war nicht das Richtige.

„Ich hab's immer gesagt“, flüsterte Gatter seinem Nachbarn zu.

Dann aber kamen sie in Bewegung, die Worte, flossen reichlicher, stärker, es brach aus ihm hervor. Seine Stimme, erst milde rinnend, rauchte mit einmal auf. Dann war es ein Strom, der alles niederriß...

Die Leute horchten auf, in den Augen glomm es...

Jetzt waren sie soweit, wußte Gitler, und jetzt nahm er seine Sätze, die glühenden und probierten wie goldene Monstranzen, hob sie auf, daß sie alle sahen...

Wie sprach der Mann! Wie sprach er von dem einigen, großen, erwachenden deutschen Vaterland!

Tränen stiegen den Leuten in der Kehle... sie tat wohl, diese Rede, nach soviel Erniedrigung und Dreck und Rohheit!

Nach jedem seiner Sätze knallte der Beifall an die kahlen Wände des Hofbräuhauses. Dann waren es andere Sätze. Reiflichen, die wie Magikahiebe durch den Saal schwirren.

„Wer“, fragte ich, „wer hat uns Deutsche in diesen Dumpf gestochen?“

Weiter, weiter, weiter raste er. Schmettete die Anlagen hinaus in die Leute... Bankkapital und Judentum und Entnationalisierung. Und Marxismus, das wunderbare, das furchtbare Opium für den deutschen Arbeiter, das Gift, das einer uns feindlichen Rasse die Herrschaft über Deutschland gibt, wie das Opium den Chinesen einschläfert, daß er sich weiter prügeln läßt vom Engländer...!

Da reden sich unten die Menschen, die Kinn treten vor, als hätte der Mund Trübsal zu sagen, die Häufte dallen sich in den Mantelkissen.

Redet hat er, tausendmal recht. Und zu einer mächtigen Flamme mißfiel die Wüstenwille dieser Menschen... er hatte nur mehr einen Gedanken, der Menschenfäulnis: den Gitler!

Er redet flug, ich hab' es immer gesagt, dachte Gatter. Wenn er nur besser reden könnte (trotz alledem).

In seiner geballten Faust hielt er die Herzen der Hundert, das fühlte er jetzt, und das wußte er.

Aber er wollte — er hatte seine Redesicht ohnehin schon um zehn Minuten überschritten, aber Gatter hing widerstandslos an seinen Lippen... die Brobe machten auf dieses Gremel. Eine feine, biffige Brobe, die ihm Spaß machte. Er hatte die Herzen gepackt. Jetzt wollte er doch einmal verheißung, sie bei den Tischen zu packen, die Leute!

Und er appellierte an ihre nationale Opferwilligkeit.

(Fortsetzung folgt.)

Gefahr im Osten

Es ist erst ein paar Wochen her, daß man in der „großen Welt“ von dem Weichjellord in recht erfreulicher Weise sprach. Der Anlaß war damals die Abfuhr, die der polnische Außenminister Jaleski vom nordamerikanischen Senator Borah bezog. Jaleski meinte:

Die große Mehrheit der Weichjellbevölkerung sei polnisch.

Bald werde es dort nur noch Polen geben, antwortete Borah mit sehr deutlichem Hinweis auf die polnische Deutschaussiedlung der Nachkriegszeit. In Amerika war also für Frankreich und Polen nicht viel zu erreichen, auch Raval durfte klein wieder abreißen, wenn man ihm auch das Trinkgeld für höhere politische Bedienstete, den Schall und Schwall fremdländischer Rede, gern und reichlich gab. Immerhin, in Amerika hat man jetzt Wilsons Zeiten gelernt, und überhaupt scheint man den französischen Spielern nicht sonderlich zu schätzen.

Frankreichs Trümpe sind aber durchaus nicht erschöpft. Herr Glandin fuhr nach England, um Palanen zu schleichen,

und wir hoffen, daß er einen Vorkischteht.

Schwohl, und darüber müssen wir uns durchaus klar sein, seine Trümpe nicht schlecht sind. Paris brachte das englische Pfund und damit auch eine Reihe europäischer Währungen in Bewegung, und zwar in Abwärtsbewegung. Mit der Hand auf den riesigen Goldbeständen kam Frankreich der englischen Wirtschaft manden empfindlichen Stoß versetzen, und — umgekehrt! Dies „umgekehrt“ natürlich nicht umsonst, sondern gegen Sicherheiten.

Da ist z. B. die Saarfrage, über die 1935 abgestimmt werden soll; und da sind die unmöglichen deutschen Oligarchen, die bei Erwachen des deutschen Nationalgefühls in Bewegung kommen müssen, wenn nicht vorher langfristige Verträge die Hände der Deutschen binden. Man muß dazu Deutschland schmeiden, solange es noch nicht nationalsozialistisch ist; nachher — man sieht in dieser Beziehung Schwarz in Paris und Maridau auch, daß man nicht an die Beständigkeit des Pariser Kaufmännischen glaubt, sofern es nicht gelingt, Helfershelfer zu engagieren. Vielen Palan zu schleichen, daß Herr Glandin nach England, und den wirtschaftlichen Ausgang dieser Jagd werden wir erst erfahren, wenn es zu Gegenmaßnahmen längt zu spät ist.

Die präparatistische Vorbereitung eines polnischen Handreichs im Osten ist längst im Gange.

Schon wurde aus Prag gemeldet, daß Polen für den Fall eines deutschen Bürgerkrieges ein Mandat zur „Verdrängung des Ostens“ wünschte. Dieser Bürgerkrieg ist ja vom Reichsbanner und der Kommune für spätestens den Zeitpunkt der Preußenwahlen und den dann notwendig werdenden Eintritt Braun-Sebering angelegt worden. Polen kann den Einmarsch in Danzig, in Ost-Obererschlesien und in Ostpreußen also ganz exakt und im Vertrauen auf die deutschen Marxisten vorbereiten. In der Praxis hat sich die Vertrauen ja bereits 1919 bewährt, man braucht keine wesentlichen Entschuldigungen zu befürchten. Den Welt belagern dann die deutschen Friedensapostel und das polnische Heer.

Geradezu gefährlich wirkt sich auch die rein wirtschaftlich aufgenessene Seite der deutschen Propaganda gegen den Korridor aus. Der Korridor ist unmöglich! Aber gewiß, sagt Polen, er ist unmöglich, er muß beseitigt, das heißt mit Strohkreuzen versehen werden. Vorläufig vielleicht als „Freiland“, man kann ja auch nach Danzig deuten, und dann — nun, das dann wird sich finden. Das dann fand sich schon in Obererschlesien, im Korridor, in Mauthausen. Die Bemerkungen dazu liefert eventuell der Rencouragier, wenn alles andere noch nicht ausreicht sollte.

Es ist nicht möglich, dieses Spiel allein mit dem Wirtschaftsgedanken zu durchkreuzen, auch der Hinweis auf die übliche, immer ausbrechende „polnische Wirtschaft“ reicht hin. Das ist Beweis, die Welle aus dem Osten, die — finanziell durch Frankreich möglich gemacht — in enger Stielung, in Menschenmasse gegen unsere heutigen Grenzen drängt, muß die Gegenwärtigen der deutschen Menschen auslösen und in Bewegung setzen. Ueblicherweise wird der deutsche Mensch im Osten geboren und stirbt im Westen. Alles, was geschähen muß, ist, diesen Kurs zu bremsen. Im Westen, in den Großstädten, hungern die Menschen. Im Osten ist Land, das noch viele Familien ernähren kann. Ueber die Wege wird noch zu sprechen sein.

Notwendig ist jedoch, der Welt zu zeigen, daß dem kommenden Handreich der Polen diesmal nicht ein paar Kreuzzüge entgegengetreten wurden wie 1919 und 1921, sondern daß auch einmal Schluss ist mit dem Unterwerfungswillen eines Volkes, wenn ihm alles, was liegt zugewandt wird.

Noch sind die Landkarten mit den alten Reichsgrenzen im Osten nicht eingeklappt. Wir werden erst zufrieden sein, wenn sie wieder Geltung haben.

lagen. Seine erzwungene Geheimnistuerei wird deshalb geradezu als Beistätigung seiner schändlichen Eigenschaft empfunden werden. Für die ausnahmslos ehrgeizigen und trotz allem idealistischen Mitglieder der Terrorgruppen bedeutet die neue Taktik ihrer Parteizentrale die Erklärung derjenigen zu Geächteten, die bisher das gern getragene und als ehrenvoll betrachtete Ros des Märtyrers, sei es selbst im Buchstaus, auf sich nehmen mußten, wenn der schlimmste Fall, die Verhaftung, eintrat.

Wenn dennoch die kommunistische Parteizentrale sich zu dem Schritt der Legalitätserklärung entschlossen hat, dann kann das nicht etwa ein Ausweichen vor der gefährlichen Macht der NSDAP. bedeuten, sondern ebenbürtig heißen, daß unsere Bewegung, wenn der Tag ihrer Macht anbricht, mit einer geschlossenen Gegenwirkung der Radikalmassiven zu rechnen hat. Darauf rüftet sich aber unsere Bewegung. Schlimmstenfalls würde sie sich nicht als überfordert erweisen, wenn die gleiche Zentrale, die heute die Legalität in Anspruch nehmen zu dürfen glaubt, an jenem Entscheidungstage diese Hülle reiflos fallen läßt.

Alles rennet, rettet, flüchtet!

Das kleine Großherzogtum Luxemburg, das infolge seiner liberalen Steuererleichterung schon seit einer Reihe von Jahren als Dorado der deutschen Kapitalflüchtlinge gilt, hat in den letzten Tagen eine neue gesellschaftliche Schockfront aufzuweisen: in immer steigendem Maße wendet sich jetzt auch englisches Kapital auf der

dorthin. „Flucht aus dem Pfund“

Im Laufe der letzten Woche sind im Sonderregister der Hauptstadt Luxemburg nicht weniger als zwölf Gesellschaften eingetragen worden, die zweifellos als Goldinggesellschaften für englische dorthin verhöbene Vermögenswerte anzubrechen sind. Der Aufsichtsrat dieser Gesellschaften setzt sich aus einer Anzahl von Buchhaltern zusammen, die in Luxemburg anässig sind und deren Namen in allen Aufsichtsratslisten wiederkehren. Sie sind nur die Strohmänner von Auftraggebern, deren Namen aus begreiflichen Gründen geheim bleiben sollten. Haben die Engländer von „Betra“ und „Galand“ der ehem. Deutsche Bankdirektoren und den Herren von „Reemtsma“ gelernt?

Während elf der neugegründeten Gesellschaften nur das vorgeschriebene Mindestkapital von 50 000 luxemburgischen Franken aufweisen, befindet sich unter ihnen auch eine Gesellschaft, deren Aktienkapital mit nicht weniger als 180 Millionen Franken angegeben wird — das ist mehr, als der gesamte Banknotenumsatz Luxemburgs beträgt. Es scheint also auch ein kleiner englischer „Dr. Mannheimer“ in Luxemburg eingetrudelt zu sein. Vielleicht will dieser neue englische „Mullhauser“ die Ehre haben, der größte Steuerzahler Luxemburgs zu werden, genau wie „Mannheimer“, der doch bekanntlich der größte Steuerzahler Hollands sein soll.

So auffällig muß das zionistische Weltkapital weiterarbeiten, vielleicht trägt diese neue luxemburgische, weltidealistische Gesellschaft dazu bei, auch dem roten mar-

Torpedo 15 — RM. 198.—
die neue Kleinschreibmaschine
G. A. Dörbecker - Sögestraße 36-38

ritischen Arbeiter über Deutschlands Grenzen hinaus die Augen etwas zu öffnen. Sie nicht sehen wollen, sollen aber ruhig weitersehen und sich ruhig an den Träumen der internationalen großkapitalistischen Verflechtungspolitik ihren Augen vollschlagen. Wir wünschen, daß diese Optimisten nicht mal an einem unwiderwindlichen Wagen- und Dorfmarken Vorhitzes zu Grunde gehen.

Nationalsozialistische Führerschule
Gröfnung am 3. Januar

Dornum, 13. Dez. Seit einiger Zeit schwebten zwischen der Verwaltung der Graf Münsterschen Güter, zu denen das Schloss in Dornum gehört und der NSDAP Oldenburg-Dittelsland Verhandlungen über die Rodung des Schlosses zur Errichtung einer nationalsozialistischen Führerschule. Da das Schloss augenblicklich von der Dittelsland Bauernhochschule für die Abhaltung ihrer Kurse benutzt wird, mußte für diese eine andere Unterkunftsmöglichkeit gesucht werden, die auch in der Rastorei Dornum gefunden wurde. Nachdem nunmehr das Landesvermögen die Genehmigung für die Benutzung der Rastorei gegeben hat, steht der Ueberführung und damit dem Auftritten des Vertrages zwischen NSDAP und der Verwaltung des Schlosses nichts mehr im Wege. Der erste nationalsozialistische Führerkursus wird am 3. Januar 1932 beginnen.

Im Zeichen der Notverordnung

Auf 1000 Einwohner kommen 124,7 Erwerbslose

Die Entlassungen setzen sich in der Berichtswache vom 16. bis 30. 11. fort. Der laienbedingte Mehrbedarf an Arbeitskräften, besonders in Rücksicht auf das Weihnachtsgeld, konnte den Arbeitsmarkt nicht entlasten. Nach Lage der Verhältnisse ist damit zu rechnen, daß der Arbeitsmarkt eine noch höhere Belastung erfahren wird. Für Bremen als Uebersee- und Welthandelsstadt wird wichtig sein, ob die bevorstehenden Maßnahmen der Regierung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen zur Wiederherstellung der Rentabilität der Unternehmungen und damit zur Wiederbelebung der Wirtschaft führen werden. Im Rangverge hat sich die Zahl der Arbeitsuchenden erhöht. Mehrere Firmen haben sämtliche Beschäftigte einschließlich Poliere und Seblänge entlassen. Das Verkehrsverge zeigte für Fuhrleute, Hosenarbeiter, Kraftfahrer und Seeleute eine rückläufige Beschäftigung. Auch in der Gruppe Lohnarbeit wendender Art war sehr wenig Arbeitsgelegenheit vorhanden. Der Stellenmarkt für Angestellte aller Art und freie Berufe ist sehr trostlos; Entlassungen und Kündigungen setzen sich fort. Infolge dieser Entwicklung liegt die Zahl der Arbeitsuchenden von 53 342 auf 53 807.

50 Nationalsozialisten wegen verbotenen Uniformtragens festgenommen

Gmden, 13. Dez. In der landwirtschaftlichen Halle in Aurich pflegt seit einiger Zeit die nationalsozialistische Ortsgruppe allmöchentlich Zusammenkünfte zu veranstalten. Am Sonnabendabend gegen 22 Uhr drangen überraschend mehrere Polizeibeamte in die Halle ein; um die Personalkarte der etwa 50 Teilnehmer festzustellen. Wie die Polizei mitteilt, erfolgte die Feststellung, weil sich die Teilnehmer in Parteikleidung befanden, und das Tragen von Uniformen laut Notverordnung vom 8. Dezember, Teil 8, Paragraph 1, außerhalb der eigenen Wohnung verboten ist.

20 000 Fieberbücher vernichtet

Nehe, 11. Dez. Am Donnerstagabend erließen bei der „Schleswig-Holsteinischen Tageszeitung“ Kriminalpolizei und beschlagnahmte auf telefonische Anordnung des Altonaer Amtsgerichts das im Verlage der Tageszeitung erscheinende Fieberbuch der Schleswig-Holsteinischen SA. Es wurden etwa 20 000 noch nicht gebundene Exemplare beschlagnahmt. Außerdem mußten die Platten und Formen vernichtet werden. Die bereits fertiggestellten Bücher wurden in einer Buchhandlung in Altona beschlagnahmt.

Zum Totlachen!

„Aus einer Eingebung des Augenblicks“ heraus verfiel dem gegenwärtigen preussische Ministerpräsident Braun füglich in einem Kreise akademischer Republikaner veranlaßt, den geistigen Kampf um die Republik zu proklamieren. Dabei soll er wörtlich gesagt haben: „Man kann eine Epidemie, die wie ein fähigendes Gift um sich greift, nicht nur mit Medikamenten bekämpfen. Gegen die nationalsozialistische Agitation, deren lähmender Waffenungefähr auch gewisse republikanische Kreise verfallen sind, hilft nur der volle persönliche Einsatz.“ Vorher befragte sich der Genosse Braun, daß das Volk noch nicht gelernt habe, sich mit dem Staat zu identifizieren. Nun, das hat uns ja gerade die dreizehnjährige Demokratie gründlich ausgetrieben! Der Herr Ministerpräsident gibt ja selbst den Ton an, wenn er die Mehrheit des Volkes als „vergiffen“ bezeichnet. Ueberschrift: Der Staat seid ihr!

Rundfunk-Programm

Mittwoch, 16. Dezember 1931

6.30 Zeitangebe, 6.45 Wetterbericht, 6.50 Morgenmusik, 7 Wiederholung der Abendmeldungen, 7.05 Giesbericht, 7.50 Die Gestaltkürzung, 11 Heitere halbe Stunde, 11.30 Englischer Schulfest für das 8. bis 10. Schuljahr, 12.10 Wetterbericht, Winterportmeldungen, 12.30 Wörfenfest, 12.30 Mittagskonzert, 12.55 Wäumer Zeitzeichen, 13.15 Wetterbericht, 13.20 Rumpferbung, 14 Giesbericht, 15 Wetterbericht, 15.05 Wörfenfest, 15.35 Schiffsabfahrt, 16.30 Jägerun-Romanist, 17.30 Und doch — etwas zu Wehnachten, 17.50 Das Bunte Programm, 18.30 Keine Angst vor dem Schickal, 18.55 Siedlungsformen, 19.20 Frankfurter Abendbörse, 19.25 Wetterbericht, 19.30 „Erinnerungen eines Arztes und Dichters“, 19.55 Friedemann Bach, 21.50 Nachtrichterbericht, 22.30 Aktueller Dienst, 22.40 Tangfunt, 23.20 Giesbericht.

Bei schlechtem Windverweh nicht gurgeln mit dem guten Chlorodont-Wundwasser. Folie 1 M. Sitten Sie sich vor minderwertigen, billigen Nachahmungen.

Die Terrorgruppen der Kommunisten

Linksradikale Vorbereitungen auf den Straßenkampf

Von Kurt Werner Falb.

Die Legalitätserklärungen der kommunistischen Parteizentrale dürfen nicht als angestrebte Nachahmung der aufrichtigen und zielbewußten Legalitätspareole der Nationalsozialisten unterstellt werden. Die kommunistische Partei Deutschlands steht im Augenblick tatsächlich unter dem Druck eines Moskauer Gebots zur Dämpfung ihrer Angriffslust. Sie nimmt diese Gelegenheit für die Einführung einer neuen Kampftaktik mit umso größerem Verlangen wahr. Kann die Legalitätserklärung doch unter den gegebenen Verhältnissen auf leichtgläubige Gemeinwörter eine zeitweilige Rückwärtskonkretion wirken.

Sie ist aber ein Stück Vorkampf. Wäher lebten die Kommunisten nur in Einzelkämpfen die Unternehmungen ihrer ausgebildeten Terrorgruppen als Spätparabell ab. In Zukunft wollen sie ausnahmslos zu diesem Vorgehen berechtigt erscheinen.

Die Kommunisten suchen nach dem bisher zusammen getragenen Material führender Polizeistellen ihr Ziel in der Ausbildung einer Truppe für den Straßenkampf. Sie wählen dafür nach russischem Vorbild nicht nur die tüchtigsten, zuverlässigsten Anhänger für die Wiederaufstellung

schlagfertiger Stürme des verbotenen Rotfrontkämpferbundes,

sondern betreiben längt auch schon die Aufstellung von Terrorgruppen, ebenfalls nach bewährtem russischen Vorbild. Man weiß schon, daß diese Organisationen aus gut bewaffneten Leuten im Umfang von drei bis höchsten zehn Mann in den dicht besetzten Randteilen geschaffen worden sind.

Die Einzelverhältnisse von Polizeibeamten im Dienst,

insbesondere auch bei Demonstrationen, die Angriffe auf vereinzelte Nationalsozialisten oder plötzliche Einsätze in marschierende Demonstrationen bei gewaltigen Zusammenballungen zueinander oder gar sympathisierender Bevölkerung sind offenbar Taten dieser Terrorgruppen. Es ist bekannt geworden, daß diese Kleinverbände eine planmäßige Ausbildung erhalten. Das bezieht sich sowohl auf die geeigneten Angriffs-

formen als auch auf alle in den Städten sich bietenden Möglichkeiten des spurlosen Unterlaufens und Verschwindens nach der Tat. Für diese Terrorgruppen dienen ohne Zweifel die Demonstrationen der eigenen Parteigenossen und die der gegnerischen Verbände als Ausbildungsgelegenheiten für den Ernstfall, deren Wahrnehmung ihnen von ihren höchsten Parteileitungen zur Pflicht gemacht wird.

Im Gelände wäre ein solches Kampferfahren natürlich gänzlich unmöglich. Im Straßenkampf dagegen könnten diese Terrorgruppen, gemessen an ihrer Kopfzahl, zu außergewöhnlichen Anfangserfolgen gelangen und jedenfalls auch einer schwerer bewaffneten Polizei sehr lästig werden. Die theoretischen und praktischen Vorbereitungen der Kommunisten lassen erkennen, daß sie auf den Straßenkampf nicht zu großer, aber sehr entschlossener, sehr zweckvoll ausgebildeter Maffen ganz besonderen Wert legen. Selbst die öffentlich zugängliche, gar nicht geheime Literatur beschäftigt sich mit Straßenkämpften, sogar bis zur Aufschlüsselung von Kanzenwagen. Ebenso ist es auch kein Geheimnis mehr, daß diese Theorien durch Übungen in die Wirklichkeit übernommen werden. Welchen Erfolg sie im Ernstfall beschreiben, kann natürlich nicht vorausgesehen werden. Die Sorgen der politischen und militärischen Führer in dieser Richtung sind nicht sehr groß, da sie ja schon wissen, was von der Gegenseite unternommen werden könnte.

Die Terrorgruppen bleiben aber die große Gefahr, weil sie nicht zu leicht zu erröthen und dinstet zu machen sind. Man darf als sicher annehmen, daß sich in ihnen die wirkliche Kampf- und operativen Fanatiker der Partei befinden. Gerade weil sie die Ueberzeugtesten sind, wird es ihnen äußerst schwer fallen, sich dem Wunsche des Parteivorstandes zu beugen und sich um der höheren Ehre der Partei willen als Spätparabell brandmarken zu lassen. Diese Kennzeichnung würde ja durch die breite Parteipresse, also an Massen, in denen jeder einzelne bisher seine Freunde befaß, erfolgen. Ihnen dürfte er von seiner geheimen Tätigkeit kein Wort

„Die SAP war nicht dabei!“

Eine klägliche Flucht vor der Wahrheit - Keiner will es gewesen sein Heute Vernehmung der SA-Männer

Der Verhandlungsbericht.

Rechtsanwalt von Seelen macht vor Beginn der Verhandlung Bedenken gegen den Schöffen W. Hilbers geltend, dem Befangenheit vorwirft, da derselbe nicht nur Mitglied des roten Soldatenrates war, sondern auch im Betriebsrat der AG. Weier tätig ist. Dr. Freisler ließ sich dem Ablehnungsantrag an und betonte besonders, daß sich der Schöffe auch heute noch politisch betätigt. Ein Richter, der nicht innerliche Unabhängigkeit aufbringen kann, könne in einem politischen Prozeß nicht den Angeklagten gerecht werden, die einer Gegenpartei angehören. Nachdem sowohl der Oberstaatsanwalt Dr. Drechsler wie auch die gegenwärtigen Anwälte dem Antrag widersprochen hatten, verurteilte das Gericht nach kurzer Beratung die Ablehnung des Antrages. Richter Dr. Schminde begründete die Ablehnung damit, daß der betreffende Schöffe erklärt habe, daß er niemals Mitglied des roten Soldatenrates gewesen sei, daß er allerdings für die SPD-Liste aufgestellt sei, und auch im Betriebsrat verschiedener Firmen gewesen sei, er sei aber nicht befangen.

Der Oberstaatsanwalt Dr. Drechsler begründete dann die Anklage gegen die Angeklagten, die sich der Vergehen und Verbrechen gegen die Paragra. 125 Abs. 1, 227, 125 Abs. 2, 223, 223 a StGB. und gegen das Gesetz über Waffenmischbrauch schuldig gemacht haben. Die betreffenden Paragrafen sehen sowohl Gefängnis- wie auch Hausstrafen vor, wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang, wegen Landfriedensbruch und Raubmord.

Nach Erledigung der Formalitäten, über Verhandlungsart und -dauer, begann der Vorsitzende mit der Vernehmung des Reichsbannermannes Waffelmann, der von Drob- bier (2) Augenzeugen bringt, die an früherer Gerichtsverhandlung waren. Näheres konnte er aber nicht sagen. Am 9. November seien etwa 100 Mann im Volks- haus gewesen, auch im Eberhaus sei Alarm gewesen. Das politische Volk, im Eber- haus mit der Beamtenschaft in der Ver- straße eine Verbindung bestanden habe, be- streitet der Angeklagte zu Unrecht. Der An- geklagte sprach davon, daß Reichsbanner- freier unterwegs waren, um das Arbeits- amt zu schüren (?)

„Glauben Sie denn, daß es Auf- gabe des Reichsbanners war, das Arbeitsamt zu schüren?“

— So lautete eine Frage des Vorsitzenden an diesen Angeklagten, der im übrigen nicht sagen kann, warum gerade am 9. November Streifen unterwegs waren. Das fand der Vorsitzende mit Recht von einem fast 50jährigen Mann reichlich hinterfragbar. In der Nähe der Oststrafenkassette gehörte, sie seien dann, nach Darstellung dieses An- geklagten, langsame Schritte zurückgegangen. In der Bornstraße seien sie auf das Ueberfallkommando gestoßen, die Sipo hätten auf Leute eingeschlagen, er wisse aber nicht, was für Leute das gewesen seien. Das Haus der Beamtenschaft in der Bornstraße will dieser Angeklagte nicht kennen. Von der Oststrafenkassette aus will der Angeklagte in der Falkenstraße 10 bis 15 National- sozialisten gesehen haben. Diese Behauptung wird vom Vorsitzenden als unmöglich gekennzeichnet, es sei unklar, daß sie am Poli- zeiauto, das in der ganz engen Bornstraße gestanden habe, vorbei, nach der Falken- straße hätten gehen können. An der Ecke Bornstraße und Wandrahm entstand zwischen den Nationalsozialisten und Zivilisten, von denen er nicht wisse, woher sie kamen, eine Schlägerei. Ein Mann, nach diesem An- geklagten kein Nationalsozialist, habe auf der Erde gelegen und sei mit Füßen getreten. Er habe sein Koppel abgenommen, das habe er selbst einen Schlag bekommen, dann habe er losgeschlagen. Inzwischen sei die Menschenmenge auf etwa 100 Personen an- gewachsen. Auf einmal sei Polizei dagewesen, woher die gekommen sei, wisse er nicht. Leute mit Spaten will Waffelmann nicht ge- sehen haben, (daß die vielen Spatenver- leihungen bei uns), ebenfalls nicht, daß in dem Hause der Beamtenschaft Sanitäter an- wesend gewesen seien. Dieser Angeklagte, der ohne Gedanken über Zweck und Ziele des Reichsbanner-Alarms gewesen sein will, der nichts sah und hörte als Scharmützeln, wenn es sich um seine Leute handelt, will bestimmt gesehen haben, daß die National- sozialisten in geschlossenem Zuge gegangen seien und in einem fort geschlagen haben (!)

Rechtsanwalt Dr. Freisler fragt den An- geklagten darüber, wie die Nationalsozia- listen mit dem am Boden liegenden Nicht- nationalsozialisten umgegangen seien? Be- antwortet wurde die Frage dahin, daß die Nationalsozialisten den Mann geschlagen und getreten hätten, wie er aber geschlagen sei, habe er in der Dunkelheit nicht gesehen, be- sondern Werkzeuge habe er nicht gesehen.

Der zweite Angeklagte, Voigt,

gehört gleichfalls dem Reichsbanner an. Am 7. November war er im Verfehrslokal des

„Volkszeitung“ inszenierte die Ueberfälle

In der Volkszeitung habe dann ge- standen, daß die Nationalsozialisten am 9. November etwas vorfänden.

Er habe ferner gehört, daß das Haus von Drees umstellt sei. Deshalb Alarm gewesen, wisse er nicht, sie hätten aber häufiger Pro- bieralarm gehabt. Im Volkshaus seien 250 Reichsbannerleute gewesen. Der das Kom- mando hatte, habe er, der doch Zugführer war, nicht beobachtet. Drees habe gesagt, seine Wohnung sei in verdächtiger Weise vom Stahlhelm umstellt worden. Warum die Streife gerade nach der Bornstraße be- ordert sei, wisse er nicht, mit der Mög- lichkeit einer Schlägerei habe man geredet. Auch dieser Angeklagte will das Haus der S. A. P. in der Bornstraße nicht kennen. In der Bornstraße habe er das Polizeiauto zum Stillstand bringen wollen, es sei aber weiter- gefahren. Auch er habe gesehen, daß ein Mann in hellem Anzug auf der Straße lag, die Nazi hätten mit Karabinern auf den Mann geschlagen, auch er sei von einem Na- tionalsozialisten geschlagen worden und habe eine Beule davongetragen. Er sei später mit anderen in ein Haus gedrängt, wisse aber nicht, was für ein Haus das gewesen sei. Den Toten der Nationalsozialisten habe er mitten auf der Straße liegen sehen. Von einer Schlägerei Ecke Eilhornstraße und Wandrahm hat Voigt im Gegensatz zu Waffelmann nichts gesehen. Die National- sozialisten hätten die Hände hochgehoben und geschlagen. (Wie sie das wohl gemacht haben?)

Dr. Freisler stellt die Frage, ob nicht das Reichsbanner als militärische Organisation die Streifen vorgeschickt habe, oder ob ein Lohnwachen geherrscht habe? Waffelmann gibt ausweichende Antwort, dahin, daß er sich die Leute selbst ausgesucht habe (!) Dr. Freisler weist auf den Gegensatz in den Aussagen Voigts hin. (Die Reichsbanner- leute machen von dem guten Recht der An- geklagten, die Unwahrheit zu sagen, aller- dings ausgiebigen Gebrauch.) Deshalb hält der Vorsitzende dem Angeklagten V., als er sich wieder mal verbeißt, vor: „Nun machen Sie doch nicht wieder alles auf Neu!“

Angeklagter Drieser

kein Reichsbannermann, war im Haus Bornstraße beim Vortrag in der S. A. P. anwesend, außer ihm waren über 100 Mit- glieder anwesend. Er hat gehört, daß in der Verammlung gesagt wurde, die Nazis mach- ten wieder ihre Umtriebe. Er ist dann mit hinuntergegangen und sah am Wandrahm die Nazis. „Nahmen Ihre Leute Stühle mit?“ „Ja, gewiß, damit wollten wir die Tür verbarrikadieren.“ Dieser Angeklagte will gesehen haben, daß sich beide Parteien wie eine Mauer gegenüberstanden hätten. Der Angeklagte bekennt sich über ein an- gebliches Unrecht, das ihnen von der Polizei zugestanden worden sei, sie hätten sich nicht ein- mal im Sturm auf die Erde legen dürfen.

„Die Nazis greifen das Haus an!“

Er habe einen Stuhl mitnehmen wollen, habe es dann aber auf Vorhalt des Vor- sitzenden gelassen. Nach seiner Ansicht hätten keine Mitglieder der S. A. P. geschlagen, er selbst sei am Kopf von drei Nationalsozialisten ver- lezt worden. Von der Polizei habe er nichts gesehen.

Der Angeklagte Reichsbannermann Horst, bringt hinzu in die bis jetzt ohne Sentenz laufende Verhandlung. Seine Tapferkeit fließt: Laufen. Er hatte am Montag im Volkshaus Telephoniert, am Montag kam er zu spät, da war kein guter Ruf besetzt, er mußte mit auf Streife. Das war ihm an- scheinend nicht angenehm, denn schon am 7. alles ruhig sei, das Volkshaus solle gesichert werden. (Wer gibt denn in Bremen solche Ratrinnenparolen aus?) Auf der Streife habe er von einer Schlägerei Ecke Eilhornstraße — Wandrahm nichts bemerkt. Der Angeklagte steht mit dieser Aussage in Gegensatz zu der

Reichsbanners in der Neufischstraße. An- wesen waren ungefähr 20 Mann. Er selbst sei Zugführer und habe am Sonntag, dem 8. November, gehört, daß er am Montag im Volkshaus zu erscheinen habe. Er habe seinen Spaten am 9. November mitgebracht, und habe das Volkshaus verlassen, nicht weil er jemanden nach Hause bringen wollte, son- dern um „auf Streife“ zu gehen. Alarm sei gewesen, weil „Köpfe rollen“ sollten. Richter Dr. Schminde fragte den Angeklagten er- staunt, ob denn ein vernünftiger Mann das habe glauben können.

Angeklagter Gahn

megen schließlicher Körperverletzung mit einer Gelbtüte vorbestraft, gibt im übrigen dieselbe Darstellung wie der vorhergehende Angeklagte. Früher hat er ausgesetzt, daß Rosen aufgestellt seien, heute will er das ebenjowenig wissen, wie die andere Angabe, daß vom Volkshaus aus ein Bote Nachrichten überbracht habe. Auf Vorhalt wider- ruft der Angeklagte seine vorhergehende Aussage, jetzt will er es nicht mehr wahrhaben, daß auf die Nachricht: „Die Nazis sind da“, ein Teil der im Heim Anwesenden auf die Straße getrieben sei. Seine Darstellung geht jetzt dahin, daß eine Gruppe der Na- tionalsozialisten das Reichsbanner, die an- dere die S. A. P. angriff. Oberstaatsanwalt Dr. Drechsler stellt fest, daß es sich demnach um vier Gruppen gehandelt habe: Zwei Gruppen NSDAP, Reichsbanner und S. A. P. Dieser Angeklagte will in Reichs- banner und NSDAP, die gleichen Feinde sehen.

„Als Sie heruntergingen, wollten Sie da nicht nach Hause gehen“, so schloß der Verteidiger E. T. S. Müller dem Ange- klagten die Antwort, die denn auch erfolgte, in den Mund. Auf Vorhaltungen nimmt er die faule Ausrede zurück.

Der Angeklagte H. Meyer, S. A. P., will gesehen haben, daß die NSDAP, Stahl- ruten und Koppel in der Hand gehabt hät- ten. Im Moment, wo das Polizeiauto ge- kommen wäre, hätten sich die Nationalsozia- listen mit Hurra darauf gestürzt und wären dann auf die Leute der S. A. P. eingedrungen. Eine wirklich reizende Geschichte, deren Wahrheit vom Vorsitzenden denn auch stark bezweifelt wird. Er selbst will, wie das Polizeiauto kam, hineingegangen sein.

Angeklagter Sieffes vorbestraft wegen Sachbeschädigung, Reichsbannermann, war am 9. im Volkshaus, daß auch am 7. Alarm war, will er nicht wissen. Er sei im Volks- haus einer Streife zugeeilt, sei dann links in die Bornstraße gegangen. Das Heim der S. A. P. kenne er nur von der Beamtenschaft her. In der Bornstraße hätten sie das erste Schreien in Richtung Centralhallen gehört, wären dann durch die Falkenstraße gegangen. Er sei dann wieder zurückgegangen, habe aber nur Passanten, keine Nationalsozialisten gesehen. Von der Falkenstraße aus, sei er dann wieder zur Bornstraße gegangen, die nun, beim zweiten Passieren, voll von Men- schen war. In der Bornstraße habe er auch bei der Schlägerei nur Zivilisten und S. A. P. Leute gesehen.

Angeklagter Tietjen (S. A. P.) war am 9. November in der Verammlung. Als das Gerücht auftauchte, daß die NSDAP in der Nacht einen Aufstand machen wollte, hätte Er- regung geherrscht. Er habe fortgemurmelt, um seine Frau vom Theater abzuholen, habe aber nicht fort können. Auf einmal habe es geheißen:

von Waffelmann, der sich bei der Streife des Horst befand, und die, von Horst nicht geklärte Schlägerei, in allen Einzelheiten schildert. Später seien sie verfolgt, da sie er ausweichen und durch die Anlagen in den Stadtgraben gelaufen. Seine Begleiter habe er bei der Flucht verloren.

Angeklagter Kriegsmann (S. A. P.). In der Mitgliederverammlung habe er 123 Mann gezählt. Er wollte vor Schluß der Veramm- lung fortgehen, habe sein Rad geholt, auf den Kopf und habe dann gesehen wie 5 bis 6 Nationalsozialisten auf einen Mann einschlugen. Der sei über und über voll Blut ge- wesen, da habe er den Mann ins Haus zie- hen wollen.

Vorsitzender: „War dieser Mann denn allein auf weiter Flur, das ist doch unben- dbar?“

Angeklagter: „Ich habe weiter nichts ge- sehen. Mich haben sie auch schlagen wollen, aber nicht getroffen. Ich habe von den Nazis

einen Tritt und von einem Sipo einen Schlag mit dem Gummistock bekommen.

Vorsitzender: „Diese Darstellung wider- spricht aber ihrer damals zu Protokoll ge- gebenen Aussage.“

Das soll nach dem Angeklagten, von dem langen Stehen vor seiner Vernehmung kom- men und von seiner Verletzung.

Angeklagter Vergenthal (S. A. P.) gibt in sehr gewählten Ausdrücken und pastoralem Ton seine Schilderung. Der Angeklagte stellt sich außer der Reihe seiner Mitangeklagten auf und spricht im Tone eines Volkredners wie er nicht sein soll. Nazi seien wie eine wilde Horde mit Waffen in erhabenen Hän- den auf die schulpfollen Mitglieder des Ar- beiter-Samariter-Bundes losgegangen. Sein Koppel habe sich im Gedränge von „selbst“ gelöst.

Vorsitzender: „Früher haben Sie gesagt, Sie hätten es abgenommen, um sich zu wehren?“

Aus der Vernehmung der übrigen An- geklagten der S. A. P. ergibt sich durchweg das- selbe Bild, das die anderen Angeklagten des Reichsbanners und der S. A. P. geben. Nach ihren Darstellungen sind diese Angeklagten die reinsten Kämpfer, lediglich um Luft zu schöpfen oder nur aus Gründen der Mensch- lichkeit, um zu helfen, sind sie nach unten ge- gangen. Stuhlbeine und andere Waffen hatten sie nicht, belästelt nicht. Auch Koppel lösten sich nur aus Verlegen. Die bösen Nazis haben an allem Schuld, wenn sie ver- lezt sind, haben sie gewiß auch getroffen. Es lohnt sich nicht, weiter auf auf diese Angaben einzugehen, sie tragen ihren nachträglich ge- druckten Stempel an der Stirn, eins nur geben alle zu, nach unten gelangen zu sein, sich also zur Schlägerei gedrängt zu haben und das genügt ja zur Erfüllung der Vor- aussetzung der betreffenden Paragrafen.

Der Angeklagte Wesselschmidt, der zunächst überhaupt nicht ansagen wollte, dann einer der letzten gewesen sein will, gibt heute an, er sei ganz vorne gewesen. Was kein an- derer Angeklagter gesehen haben will, weiß dieser Mann. Vor den Centralhallen haben 50 Nationalsozialisten gestanden. Er sei ge- schlagen worden, aber, so gibt er an.

„Die Nazis haben auch welche bekommen.“

Bericht über heutige Verhandlung nächste Seite.

Der Bauer kommt zu Adolf Hitler

Ueberwältigende Ergebnisse der Bauern- wahlen in Thüringen und Sachsen

Immer gewaltiger erwacht im deutschen Bauern die Erkenntnis von der Sendung Adolf Hitlers zur Errettung der deutschen Scholle und zur Schaffung eines starken und leistungsfähigen Bauernlandes. Das Herz des Bauern ledert in Begeisterung dem Re- tter aus Not und Notwendigkeit, dem Er- retter des deutschen Vaterlandes entgegen.

Einen sinnfälligen Beweis für diese Tat- sache bilden neuerdings die jüngsten Bauern- wahlen in Sachsen und Thüringen. So- rade in Thüringen galt bisher die Land- volkspartei als die geschlossene in ganz Deutschland. In diese geschlossene Front der ewigen Halbheiten und Kompromisse ist nun die nationalsozialistische Bewegung sie- greich eingedrungen.

Von 58.321 wahlberechtigten Landwirten stimmten: für den Verbund 24.636, für die Nationalsozialisten 13.980 Wähler. Es sind dies 35 Prozent der insgesamt abgegebenen Stimmen, die größtenteils auf den ersten Anblich dem Landbund abgerufen wurden. Die NSDAP. erhielt damit 36 Mandate.

Noch deutlicher trat der siegreiche Vor- marsch der nationalsozialistischen Bewegung bei den Landwirtschaftskammerwahlen in der Provinz Sachsen in die Erscheinung.

Von den 60 neu zu besetzenden Abgeord- neten erwannen die Nationalsozialisten mit 39 Mandaten mehr als die Hälfte. 19 Mandate entfielen auf unpolitische Listen, 2 auf die Liste des christlich-nationalen Bauernvereins aus dem Eichsfeld (Zen- trum).

Bestellt die BNZ!

Zweiter Verhandlungstag

SA sagt aus:

Nachdem am ersten Verhandlungstag die Angeklagten des Reichsbanner und der SA, die an der ersten Schlägerei beteiligt waren, vernommen sind, begann der 2. Verhandlungstag mit der Vernehmung der SA. Als erster wurde

der Sturmbannführer Hg. Anton Clausen vernommen. Zu den Ereignissen des 9. November gibt Hg. Clausen an, daß er die SA habe zurückhalten lassen; Kameraden, seid vorsichtig, es ist bide Luft, daß auf dem Nachhausegehen! Er selbst sei mit ungefähr 100 Mann in kleinen Trupps der Contrecharge zugegangen, wo seine Wohnung lag. Im Sand der Karte demonstriert Hg. Clausen den Weg, den der Trupp nach Clausen nahm. Dieser ist, da dieser Teil der Verhandlung vor dem Richteramt stattfindet, sehr wenig zu verstehen. Hg. Clausen schildert dann, wie sie in der Elbhornstraße gewartet wurden, wie ein Polizeiführer sie überholt und ihnen scheinbar zuwinkt, und wie dann der Zusammenstoß am Wandrath erfolgte. Ein Stütz vor der Bornstraße, Hg. Clausen ging auf der rechten Seite, war die Straße durch Reichsbanner und Zivilisten abgeriegelt. Er selbst habe gleich Schläge bekommen, und sich später in ärztliche Behandlung begeben müssen. (Die Wunde, die Hg. Clausen an dem Abend trug, zeigt er dem Vorsitzenden, sie zeigt deutlich die Spuren der Spatenklingen, die auf den Kopf unseres Hg. herniedergefallen.) Auf Grund des Zeichens, das sie aus dem Polizeiführer erhalten haben, sind die Hg. gelaufen. Er

habe dann annehmen müssen, daß seine Kameraden in Gefahr waren, sei eingelaufen und habe gehört, wie gerufen wurde: „Das ist der Richtige.“ Er habe dann Schläge von allen Seiten bekommen und sich wehren müssen. Später habe er Hg. Deder liegen sehen, aber Näheres nicht wahrgenommen. Im Deder herum sei ein freier Platz gewesen, die Schlägerei war aber noch im Gange. Später seien dann seine Leute nach dem Wall zugegangen. Hg. Clausen hält die Darstellung der Reichsbanner-Angeklagten, nach der ein Teil der SA, nach der Halsentzweiung zu abgedrängt sei, für unrichtig. Es sei deshalb unmöglich, weil er das hätte bemerkt müssen. Der heute aus Berlin erscheinende Rechtsanwalt Rosenfeld, der die Reichsbannerleute verteidigen will, findet an der Aussage des Hg. Clausen allerlei auszusetzen. Im ersten Protokoll habe Hg. Clausen angegeben: „Wir, verfolgten“ Leute, die nach dem Wall zu gingen, heute drückt sich Hg. Cl. richtig dahin aus, daß es hätte „folgen“ heißen müssen. In der längeren Auseinandersetzung über das mögliche Anspruchsfall dieses ungeschickten gewählten Ausdrucks, muß sich Rosenfeld vom Vorsitzenden lösen lassen, daß er die Verhandlung führt.

Auf die Frage Dr. Rosenfelds, warum Hg. Clausen nicht den direkten Weg nach Hause gemacht hat, gibt er die eigentlich selbstverständliche Antwort: „Er habe die Kameraden mit nach Hause begleiten wollen.“

Die Verhandlung dauert an.

Erziehung der proletarischen Gemeinschaft. Statt Vater und Mutter sollen sie lieber zu ihren Eltern Kurt und Viefel fagen.“

deswegen kämpfen wir mit der Leidenschaftlichkeit eines Nationalsozialisten um die Wiederherstellung der deutschen Volkseele, die unter dem Schutt marxistischer Ideologie vergraben liegt, deswegen kämpfen wir um die Neugestaltung einer deutschen Schule. Die deutsche Schule soll aufgebaut sein auf der Grundlage der deutschen Geistesgüter, wie sie sich immer wieder in der Geschichte des deutschen Volkes offenbart haben. Die deutsche Schule muß in ihren verschiedenen Formen das Reservoir sein für jene Geistesgüter, die sich im wesentlichen in der Eingabe des einzelnen an die Gesamtheit des Volkes, in der aus ihr entspringenden heldischen Opferbereitschaft, Wahrheitsliebe, im Mächtigkeits, Treue und Verehrung des Göttlichen manifestiert. Sie soll und darf keine Stätte einer disziplinlosen Freiheit sein, vielmehr sollen in ihr herausgebildet werden Menschen mit festem Charakter und mit dem Willen zur Leistung, aber auch zu jenem Freiheitsbegriff, der in dem schönen Wort liegt: „Nicht der ist frei, der tun kann, was er will, sondern der, der tun kann, was er soll.“ Getragen muß aber eine solche deutsche Schulauffassung werden durch eine Verherrlichung, die die Forderungen erst einmal an sich selbst verwirklicht hat. Marxistinnen können daher niemals Schulmeister sein. So muß der deutsche Schulmeister wieder wahrer Führer unserer Jugend werden, wobei er nicht seine Aufgabe zu sehen hat in der stofflichen Ueberlieferung des jugendlichen Gedächtnisses, sondern vornehmlich in der Prägung des Charakters. Gewiß müssen unsere jungen Staatsbürger eine gewissenhafte Allgemeinbildung besitzen, gleich wichtig ist aber, daß wir jetzt in vielen Fällen nicht pädagogische Kammerlinge ins Leben treten, sondern schon frühzeitig gefestigte Jünglinge, denen das Gefühl für Ehre und Würde der Nation den Einfluß ihrer ganzen Person ein erstrebenswertes Ziel bedeutet. Und der Schulmeister muß als Widner der deutschen Kinderseele und Vermittler echten Volkstums seine Aufgabe in der hohen Verantwortung vor der gesamten Nation sehen, er darf nicht glauben, daß wertloses Stundentlopp und Pensionsjahres sammeln genügen könnte, Kinder zu erziehen, die je nach Fähigkeit und Leistung, werdende Träger des völkischen Staatsgedankens sein sollen. Wenn heute noch der jüdische marxistische Pädagoge Dr. Löwenstein propagiert:

„Die Erziehung zum Internationalismus muß unseren Kindern klar und entwicklungsnotwendig werden. Wir brauchen nicht nur eine Nächstenliebe, sondern auch eine Feindschaft.“

und marxistische Schulverbrecher triumphierend erklären:

„Jetzt habe ich meine Klasse wenigstens so weit, daß alles losläßt, wenn das Wort Gott fällt.“

so mag man daran ersehen können, wie tief das Barometer unserer Kultur gesunken ist. Nicht die Lösung politischer Tagesfragen allein ist ausschlaggebend zur Wiedergewinnung dessen, was dem deutschen Volke an inneren Werten verlorengegangen, sondern erst eine völlige Umstellung der geistigen und seelischen Haltung vermag kämpfend Verlorenes wiederzugewinnen, Gutes zu erhalten und zu fördern. Dann wird auch unser ganzes Schulwesen neu durchpflügt werden mit Erkenntnissen völkischer Notwendigkeiten, dann wird bereinigt ein Volk von Staatsbürgern entstehen, miteinander verbunden und zusammengeknüpft durch eine gemeinsame Liebe und einen gemeinsamen Stolz, unerschütterlich und unsiegbar für alle Zeiten (Götter).

Wegener.

Mit gestohlenem Sprengstoff in die Luft geflogen

Am Sonntag wurde hier in später Abendstunde eine starke Explosion wahrgenommen. Noch in der Nacht wurde festgestellt, daß aus dem Munitionshaus der Wehrmannschaft in Ziegenhain in Emmert 22 Pakete mit je 2,5 Kg. Sprengstoff, also über ein Zentner, und annähernd 100 Sprengkapseln gestohlen worden waren. Angeblich ist dieser Sprengstoff dann durch Unvorsichtigkeit explodiert. Die Beamten der Landjäger haben nach in der Nacht die Ermittlungen aufgenommen; von der Landesministerialpolizei wurden vier Beamte nach Helmstedt entsandt.

Wir erfahren über die Angelegenheit noch folgende Einzelheiten: Die Tongrube der Ziegenhainer von Heinrich Lehmann, in der sich auch das Munitionshaus befindet, liegt auf Helmstedter Gelände. Die Diebe sind angeblich mit dem gestohlenen Sprengstoff auf dem Wege nach Helmstedt gewesen, als ungefähr 800 Meter von der Grube entfernt — offenbar durch eine Unvorsichtigkeit — der Sprengstoff zur Entzündung kam und mit ungeheuren Kräften explodierte, wobei in Helmstedt die Fenster scheiblen flogen und teilweise zerbrachen. Angeblich ist damit zu rechnen, daß bei der Explosion auch die Sprengstoffdiebe verunglückt sind. Zu Helmstedt nahm zuerst an, daß auf die Bahnhofsstraße ein Anschlag verübt worden sei, so daß sich der auf dem Bahnhof wartenden Reisenden eine starke Erregung bemächtigte.

Der „eifrige Staatsanwalt“

Vor einigen Tagen ward der Öffentlichkeit stolz verkündet, daß das Ermittlungsverfahren gegen Katzenellenbogen von der Staatsanwaltschaft abgeschlossen sei. Wenn man bedenkt, daß der Sklareffandal zwei Jahre in der „Voruntersuchung“ fliehe, muß man dem Staatsanwalt Anerkennung zollen und darf nur hoffen, daß der Anklage ein ebenso schneller und doppelt nachhaltiger Erfolg beschieden sei. Nicht immer sind die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen so glücklich. So wird jetzt von der Berliner Justizpressestelle bekannt gegeben, daß in dem Verfahren gegen den Vizepräsidenten Rammann wegen Verleumdung des preussischen Staatssekretärs Weismann das Gutachten der Vizepräsidenten der Staatsanwaltschaft vermutlich zum Jahresende eingeleitet. Die Staatsanwaltschaft lege auf die schleunigste Erledigung großen Wert. Wenn man weiß, daß es sich hierbei um ein Nachspiel zum Vornachfall handelt, das nunmehr seit Jahren verschleppt wird, darf man den Eifer der Anklagebehörde gütigend in Frage stellen!

Marxismus und Schule

Seit einigen Monaten nimmt die brennende Öffentlichkeit regen Anteil an unserem Kampf um die Volksschulen. Gabelt es sich doch hier um eine Domäne jener undenklichen Weltanschauung, die unser staatliches und öffentliches Leben, sehr zum Schaden des gesamten Volkes, seit 1918 zum Objekt ihrer verberlichen Experimente gemacht hat. Wie auf dem Gebiete der Politik der Marxismus, alle Naturgesetze leugnend, seine blutleeren Wahlen von Gleichheit, Pazifismus und Internationalismus an den Mann zu bringen suchte, so verfuhr er gleichermassen das Kind in der Schule zu einem lebendigen Träger seiner politischen Hinterhausromantik zu gestalten. In der Masse des Wiederholers redet er von kulturellen Fortschritt, lehnt aber die Erziehung aus dem Gefühlsleben heraus ab und „konstruiert“ Menschenkinder, die vielleicht nur noch Erfahrung vor dem marxistischen Programmgehören haben, denen aber Werte wie Volk, Vaterland, Vater und Mutter, Religion und Gott, Gebete und Heilsmächten Begriffe einer unmodernen gesellschaftlichen Ordnung sind. Es ist darum gewiß kein Wunder, wenn die Produkte einer solchen gefühls- und seelenlosen Erziehung sich dattun in Sonderlingen, wie erst kürzlich, wo verheißene deutsche Kinder ihre Freunde daran hatten, die Märchenfiguren eines Märchenbrunnens

zu zerstören. Das sind dann keine deutschen Kinder mehr, sondern bestenfalls zweibeinige Lebewesen, die dem Tiere nur die menschliche Sprache voraushaben. Hier erkennen wir mit aller Deutlichkeit die Wirkung des marxistischen Giftes und einer Erziehung, die vom Seelischen zum Stofflichen, vom Idealismus zum Materialismus geführt hat. Hier sehen wir ferner mit brutaler Eindringlichkeit den Vernichtungswillen des Marxismus gegen die deutsche Volkseele, der in seiner Programmatik lautet:

„Sog. Gtz. Märzfest 1924. Erziehung ist möglich ohne Religion, ja eine freie Erziehung muß sogar ohne Religion sein.“

Weil wir wissen, daß Marxismus auch auf kulturellen Gebieten die Formel darstellt zur Vernichtung deutscher Sitten und Tugenden, weil wir wissen, daß der Marxismus in seiner letzten Konsequenz die Zerstörung der Familie, der Keimzelle alles völkischen Lebens, herbeizuführen sich ansetzt, siehe

„Sog. Freidenker: Wir Sozialisten (spr. Marxisten), die wir selbst Könige und Kaiser und selbst die Autorität Gottes gestürzt haben, wir können unseren Kindern gegenüber nicht unsere eigene Autorität aufrechten. Unsere Kinder wollen keine Autorität haben. ... Wir führen das Kind hinaus aus der Familie. Kommandobon, Drohung und Strafe taugen nicht für die

Minister Klagges spricht am 4. Januar im Casino

Schauspielhaus

Bruno Frank: Nina

Wenn in der Geschichte der griechischen Kunst, besonders der Schauspielfunk, den Frauen jegliche Mitwirkung verweigert blieb, so lag das lediglich an der sozialen Stellung der Frau. Daß dem weiblichen Geschlecht auch zu jenen Zeiten eine naturhafte, mimiische Begabung innewohnte, beweist die Tanzkunst — aus mimiischen Tänzen und Chören entstand ja letzten Endes die Tragödie — die sie bei festlichen Veranstaltungen zu zeigen Gelegenheit hatten. Die Emanzipation der Frau auf diesem Gebiet erreichte noch im 19. Jahrhundert bei den achtbaren Bürgerfrauen Aufsehen, Reiz und Geringfügigkeit, ja sogar Verachtung. Erst in der neueren Zeit ist man dazu gekommen, der Bühnenkunstlerin unbedenklische und rückhaltlose Achtung zu schenken. Daß eine Frau in der jetzigen Zeit befähigt ist, eine Doppelrolle zu spielen und vor allem sich als Regieüberwinderin Stellung zu verschaffen, zeigt, daß sie auch auf dem Boden des Theaters wie in allen andern Berufen festen Fuß gefast hat.

Das Schauspielhaus bringt diese Woche Bruno Franks Lustspiel „Nina“. Die leise Ironie, mit der der Verfasser auf das Kino anspielt, das Leben der „Prominenten“ hin-

ter dem Vorhang, hinter dem die heutige Jugend das Paradies vermutet, das berühmte und berüchtigte Doppelgängerturn, mit dem schönen, deutschen Namen „Doppelgänger“ belegt, all das ist nicht dazu angetan, das Filmwesen zu verherrlichen und zeigt, auf wiewelch niederen Niveau die Reimwandlung eigentlich steht. Gertrude Windisch als Gast vom Hamburger Theater war als selbstberühmter Star „Mina Gallas“ wie auch als freches Berliner Blödsinnchen gleich entzückend, und man wußte nicht in welcher Rolle die Künstlerin überzeugender wirkte. Ein herzlich Lachen löste die Szene aus, wie die kleine Trude Wiefel sich unwidrig über ihr großes Glück freut und gleich darauf in feinsinnig die materiellen Vorteile erfaßt und sich sofort in Ruhe setzt. Mit welcher Frechheit dieses Berliner Kind sich einige Zeit früher — nachdem sie die „reinegode“ Luft der amerikanischen Filmateliers geatmet hat — in einem gebildet-sein-sollenden Englisch-Deutsch aufspielt, ist kaum auszusagen.

Ent, daß in der heutigen Zeit diese süße Spezies: Weibchen, vor einigen Jahren noch große Mode, so ziemlich verkommenen ist. Herr Loffen spielte den Ehemann mit der verständlichen Sehnsucht, seine Frau umgekehrt zu besitzen, sehr glaubhaft. Herr Nürnberg brachte den Filmregisseur, der ein bißchen sehr von sich eingenommen ist und zum Schluß als etwas lächerliches Werkzeug seiner kapriziösen Frau dastet, überzeugend zum

Ausdruck. Fräulein von Wallerlein stellte als „Weininger“ ein sogenanntes „famöses Menschenkind“, auf das man bauen kann, auf die Bühne. Herr Ott wirkte als biederer Vayer in der überfeinerten Atmosphäre erscheinend. Die Damen Söth, Scharf und Viebke ergänzten in bühnlicher Weise die Handlung. Der herzliche, anhaltende Beifall zeigte, wie gern das Publikum gerade in der schweren Zeit lacht.

E. Kaspary.

Ein Seil aus Menschenhaar

Im „Bethnal Green-Museum“ in Song-fong befindet sich ein einzigartiges Schaustück: ein Seil, das vollkommen aus menschlichen Haaren hergestellt und japanischen Ursprungs ist. Das Seil, ein Geschenk eines Herrn G. Balton aus Yokohama, hat die anfängliche Länge von mehr als 200 Metern und wiegt rund 500 Pfund. Es wurde im Jahre 1862 auf Veranlassung eines japanischen Feudalherren angefertigt, der für irgend welche besonderen Zwecke ein ungewöhnlich festes Tau brauchte. Sechs Jahre lang wurde alles Frauenhaar der betreffenden Provinz, das man nur aufreiben konnte, gesammelt und zur Herstellung dieses Seiles verarbeitet. Zur praktischer Verwendung ist es allerdings nie gekommen. Als vor etwa einem halben Jahrhundert die Feudalherrschaft der Samurais gestürzt

wurde, stellte man auch die Weiterarbeit an diesem Seil ein, denn die neue Regierung war mit weltlichen Einrichtungen schon einigermaßen vertraut und wußte, daß eine ordentliche Stahlfaser jede andere, selbst aus Menschenhaar geflochtene an Sicherheit und noch auch an Preiswürdigkeit bei weitem übertrifft.

Kleine Münze

Von Wolfgang Federau

Ein oberflächlicher Mensch offenbart sich an deutlichen darin, daß er wie kein anderer geneigt ist, Vergleichen mit Glück zu verwechseln.

Es gibt keine neue Wahrheit, denn jede Wahrheit ist ewig und besteht seit Ewigkeit. Es fällt zuweilen ein neues Licht auf alte Wahrheiten.

Es ist wichtiger, an etwas zu glauben, auch wenn man es nicht beweisen kann, als etwas zu beweisen, an das man nicht zu glauben vermag.

Mit vielen Worten nichts zu sagen ist keine Kunst — durch Schweigen viel zu sagen verbleiben nur wenige.

Wer mit sich selbst uneins ist, wird auch mit anderen stets uneins sein.

Jede Generation spricht ihre eigene Sprache, für die es keinen Dolmetscher gibt.

An die Winterhilfe!

Ein Erwerbsloser schreibt uns:

Man muß ja die Arbeiten des Kultur- und der Bremer Winterhilfe reiflich anerkennen, ist doch die Leiterin, Frau Martha St. u., anstandslos ergriffen, den Arbeitslosen ihre Lage etwas zu erleichtern. Sie hat dadurch unter diesen jedenfalls einen großen Kreis solcher, die ihre Arbeiten dankbar anerkennen. Ebenso ist es sehr zu loben, daß sich einige Künstler usw. in selbstloser Weise zur Verfügung stellten, um an bunten Abenden oder in Theateraufführungen die Erwerbslosen, sowohl die Eltern als auch die Kinder aufzuheitern. Vorige Woche fanden in Sielers Festsaal einige Vorstellungen des uns Arbeitslosen ja hinlänglich bekannten und beliebten „Niederdeutschen Landes- puppentheater“ statt, und zwar zwei Nachmittagsvorstellungen — bei freiem Eintritt für die Kleinen — das Weihnachtsmärchen „Der Weihnachtsmann hat's verfallen“, die bei den Kindern größte Freude auslösten; abends fanden zwei Vorstellungen für Erwachsene statt — man gab „Die goldene Spinne“ — die auch anerkennend bewertet wurden. Es hätte jedoch wesentlich zur Erhöhung der Stimmung beigetragen, wenn der Saal etwas gehéit gewesen wäre. Aber das Niederdeutsche Landespuppentheater hat sich dadurch wieder eine Menge neue Freunde erworben. Eine sehr enttäuschende Sache war dagegen das am vergangenen Sonntagmorgen im Volkshaus aufgeführte Märchen „Frits und Rieles Weis ins Gnomereich“. Wir verlangen für unsere Kleinen keine hochwertigen künstlerischen Leistungen, aber eine derartig primitive Sache, so furchtbaren Dilettantismus hätte man uns nicht bieten sollen. Dekorationen und Leistungen waren jedenfalls sehr dürftig. Das Stück an sich ist wohl auch als ziemlich wertlos zu bezeichnen, ist es doch eine Kette der unmöglichen Szenen, z. B.: woher haben die Kinder armer Eltern, also die beiden „Märchenreiseführer“ Frits und Rieles, die königliche Kleidung, die sie sehen ist, wie die Gnomine den im Walde schlafenden Kindern die Mäntel ausziehen um sie zu Herrschern des Gnomereichs zu machen? Wie dann unsere beiden Gnomenherrscher erklären, daß sie furchtbaren Hunger haben, wird ein Tisch reichgeköst mit Wein und Gläsern. Doch immerhin sonderbar, oder muß die Schlußzahl nach den Eltern etwa aus dieser „weinfeligen“ Stimmung erwachsen? Einen öffentlichen Einbruch machten auch die beiden Spitzentänzerinnen nicht, besonders der einen möchte man gewisse Formveredelungsmaßnahmen empfehlen.

Alles in allem, die Aufführung war ein großer Fehlschlag, und man hörte im Publikum viele entsprechende Ausrufungen. Ja, viele der Erwerbslosen bedauerten lebhaft, hierfür Eintritt und Fährgeß bezahlt zu haben. Obgleich dies keinesfalls ein Vorwurf sein soll für den Kulturkreis, darf man doch wohl hoffen und wünschen, von derartigen „Kunststücken“ in Zukunft verschont zu bleiben.

Sektion Schwachhausen. Am nächsten Sektionsabend, am Mittwoch, dem 16. Dezember, abends 20.30 Uhr, im Kaffee Wäcker, Schwachhauser Heerstraße 183, spricht Frau v. Scharf über das außerordentlich interessante Thema „Nationalsozialismus und Christentum“ und über die augenblickliche politische Lage. Erscheinen aller Pk. ist dringend erforderlich. Gäste sind mitzubringen.

Die Sektion Hindorf hält am Mittwoch, dem 16. Dezember, abends 9 Uhr, im großen Saal des Kaffee Giller, Semmlstraße, ihre Weihnachtsfeier ab. Für ein reichhaltiges Programm ist Sorge getragen. Alle Pk. mit ihren Familienangehörigen sind herzlich willkommen.

Brüning regiert — Hitler marschiert! Ueber dieses Thema spricht am Mittwoch, 8.30 Uhr, im Lokal Oros, Buntentorsteintweg 66, Meyerstraße 1, Stad. Pk. d. Mauen, W.B., in der Diskussionsveranstaltung Buntentor der Sektion Neustadt. — Der Saal muß voll werden!

Schule im Zeichen der Notverordnung.

So mancher Vater, so manche Mutter hat in diesen Tagen eine schwere Entscheidung zu erfüllen: „Kann ich es wagen, mein Kind in die höhere Schule zu schicken?“ Mehr denn je ist heute die finanzielle Seite im Haushalt eine maßgebende Rolle. Während für die bereits die höhere Schule besuchenden Schüler der bisher festgelegte Satz bestehen bleibt, hat man sich dazu verleiten lassen, für alle Neueintretenden den preußischen Normalschulgeldsatz von 20 RM. monatlich zu Grunde zu legen. Man hat allerdings den Grundsatz sozial zu staffeln versucht, trotzdem wird man Härten nie vermeiden können und die Entscheidung wird den Eltern gewiß nicht leichter fallen.

Eine sehr richtige Maßnahme ist neuerdings in den bremischen Fortbildungs- und Fachschulen getroffen. Die nebenamtlich angestellten Lehrkräfte sollen zu Gunsten vollamtlich zu beschäftigender Lehrer abgebaut werden. Damit wird endlich die in Bremen herrschende Ungerechtigkeit beseitigt werden.

In unserer Nummer vom 12. Dezember brachten wir einen Bericht über einen beispiellosen Überfall auf einen Parteigenossen in der Gegend des Bockelweg, der in seiner eigenen Wohnung von marxistischen Heindeln blutig aufgemordet wurde. Und damals waren wir schon gewarnt, das mehr als eigenartige Benehmen eines Beamten der Wache 14 a zu belegen. Heute sind wir schon wieder in der Lage, zu beweisen, wie unklar die Verhältnisse in diesem Stadtteil, und wie unzureichend und wenig geeignet uns die Beamten dieser Wache zu sein scheinen.

Am 11. Dezember bekam ein in dieser Gegend wohnender Parteigenosse, Arbeiter, der wegen seiner rührigen Betätigung für die NSDAP. einigen roten Brüdern wohl auf die Nerven gegangen ist, eine anonyme Postkarte folgenden Inhalts:

Herr . . . !

Wir möchten Sie noch einmal warnen, hier neue Mitglieder zu werben. Sie können sich schon eine Grabstelle suchen bei Ihrem Freund (Wilhelm Decker, d. Red.) Krieges tun wir Sie doch, wenn Sie auch mit der Polizei kommen. Also nehmen Sie sich in acht, daß wir nichts mehr hören. Ihre

das Beamte, die in Lohn und Brot stehen, jüngeren Kollegen ihre Existenzbildung erschweren.

Gilt die Notverordnung auch für die SPD? Mißverständnisse hat Herr Reichsfunkler Brünning dieses Jahr den Weihnachtsfrieden berodnet, aber anscheinend nur für die Opposition. Denn es muß immerhin fönisch anmuten, wenn zum Beispiel, die SPD. am letzten Sonntag im Hindorf einen Unterhaltungsabend veranstaltete, in dessen Rahmen politische Reden gegen die Nazis von Seiten des Genossen Böhm ihren Niederschlag fanden. Ganz nebenbei sei bemerkt, daß fast sämtliche Teilnehmer Abzeichen und Uniform trugen. Wir gestatten uns unerschämterweise auf jeden Fall vorher bei der Polizei anzufragen, ob zum Festabend womöglich auch ein Aufzug der Kommunisten in Uniform mit Engelsflügeln vorgesehen ist.

Immer wieder blaue Polizei. Uns wird von einem Vorgang berichtet, der sich am Sonntag in der Belzerstraße — Ede Straße — zugetragen haben soll. Zwei Beamte der blauen Polizei haben sich aus irgendwelchen Gründen genötigt, gegen den Fahrer eines Kraftwagens einzuschreiten. Auf die Aufforderung der Beamten ließen der Fahrer sowie der Beifahrer aus. Registriert wurde von einem Beamten, mit dem er schon einmal persönliche Differenzen gehabt hatte, er sucht, sich aus dem Staube zu machen. Als dieser der völlig ungerechtfertigten Aufforderung nicht nachkam, wurde er von dem Beamten finlos geprügelt, so daß die umstehenden Zuschauer Protest einlegten. Auf der Wache 6, wo man den Sünder nebst freiwillig mitlaufenden Zeugen wiederbrachte, wurde dem Fahrer eröffnet, daß er betrunken sei und seinen Wagen für den Abend nicht wiederbekäme. Nur durch große Mühe gelang es ihm, auf freien Fuß zu gelangen, was er darin ausnützte, sich sofort zu einem Arzt zu begeben, der ihm seine völlige Nüchternheit bestätigen mußte. Wir hoffen, daß die Polizeidirektion auch dieser Sache nachgeht, besonders, da bei allen möglichen Gelegenheiten, das unkorrekte Handeln einzelner Beamten der blauen Polizei Anstoß erregt hat.

Bund „Königin Luise“ schreibt uns: Unsere Bundesführerin Marie Neß, 70 Jahre, 14. Dezember 1931. Gott schüße Deutschland! Dieses ist der Zeitpunkt, den die Führerin des Bundes „Königin Luise“, Frau Marie Neß, ihren Kameradinnen mitgab für das Notjahr 1931, das Jahr, in dem sie selbst in körperlicher und geistiger Frische und Leistungsfähigkeit für 70. Lebensjahr am heutigen Tage vollenden darf.

Im Jahre 1919 ausgedient und nach Holland abtransportiert, stellte sie sich sofort nach Erreichung deutschen Bodens in den Dienst der deutschen Notzeit.

Im Sommer 1923 bot sich ihr ein neues Arbeitsgebiet mit der Übernahme der Führung des Bundes „Königin Luise“. Damals vor achtzehnhundert Jahren, noch eine kleine Ortsgruppe in Halle, in die sie mit Nr. 37 eintrat, jetzt unter der zielbewußten, opferbereiten und willensstarken Führung dieser seltenen Frau ein Bund von über 90 000 Mitgliedern, die heute in Verehrung und Dankbarkeit ihrer Bundesführerin gedenken.

Die ganze Fülle ihres waterlandsbegeisterten Herzens gab Frau Marie Neß hinein in das junge Werden dieses größten nationalen Frauenbundes. In weltanschaulicher Verbundenheit mit den führenden Männern des Stahlhelms legte sie die Kraft des jungen Bundes ein für den Kampf um das Volksbegehren, gegen Young-Plan und Tributverklabung, für christlichen Glauben und wahrhafte Jugend.

Verfammlungen in Ihrer Wohnung hören auch auf, sonst gäbe's was.

Unterstützt fehlt.

Durch die am 12. geschickten Postfälle ist es schon denkbar, daß das rote Gefindel auch in diesem Falle vor einer Verurteilung obiger Drohung nicht zurückschrecken wird. — Um nun den anonymen Morddrohen auf die Spur zu kommen, war es natürlich ganz selbstverständlich, daß unter Parteigenossen die Polizei von dem Drohschreiben unterrichtete.

Er hat sich gewundert, wie man ihn auf der demutigen Wache 14 a empfangen und behandelt hat.

Als dort der Arbeiter die Drohkarte abgab und um Schutz bat, wurde er regelrecht ausgelacht. „Was sollen wir damit. — Sollen wir Ihnen einen Kasten ans Bett stellen?“ und so ähnlich waren die freundlichen Redensarten eines biden blauen Wachmeisters, und nach langem, lautem Schnapston, bemühte dieser Steuergeldempfänger sich endlich, das Beweisstück entgegenzunehmen, es uns vielleicht weiterzuleiten.

Wir sind gespannt, was daraus werden wird. Wir fordern strengste Untersuchung, und verlangen zum wenigsten Garantie für das Leben deutscher Arbeiter und behalten es uns vor, in der Sache: Polizeiwoche 14 a, weitere Schritte zu unternehmen.

Insolvenz einer Bremer Zigarrenfabrik.

Die Firma Heinrich Müller, Zigarrenfabrik in Bremen, hat zusammen mit der angeschlossenen Firma C. Freese (Tabakwaren-Detailgeschäft) die Zahlungen eingestellt. Der Grund liegt in dem ständigen Rückgang der Kaufkraft weiter Verbraucherfreise und daher rückläufigen Umsatz infolge der Notverordnungen. Es wird eine außergerichtliche Einigung mit den Gläubigern angestrebt. Als Treuhänder ist im Einvernehmen mit den Hauptgläubigern Dr. jur. Hoffmann-Bremen bestellt worden. Ein Status liegt noch nicht vor. Beide Firmen stehen nach den vorgesehenen Vergleichsplanen in ihren Betrieben aufrechterhalten werden.

Schmutzige Geschäftsreklame!

Die Zeitschrift „Beamten-Wirtschafts- dienst“ gibt hier, daß in ihr in der niederkraftigsten und schmutzigsten Art und Weise verurteilt wird, nach aus den wirtschaftlich Geschädigten Bremens ein Geschäft zu treiben.

Schreibt da das unseren Lesern wohl zur Genüge bekannte Tipphofenhaus Bremen unter der Ueberschrift „An alle Wirtschäftigten“ in obengenanntem Blatt ein feistes Inserat, aus dem wir unseren Lesern zur Kennzeichnung des üblen Geschäftsgebarens einige kommentierte Sätze bringen wollen:

„Unser liebes (!) Bremen hat im Laufe dieses Jahres schwere wirtschaftliche Rückschläge erleiden müssen (Siehe W.B.B., Beamtenbank). Wir alle haben unter diesen Umständen (Oha!) Aber immer noch hat das alte Hanseatenblut (wir verbiten uns diesen Druckfehler, das soll doch wohl Zudenblut heißen!) sich erfolgreich durchringen können und hat durch uneigennütige (Lächerlich und Genossen!) Zusammenfassung aller Kräfte das Schwere überunden. (!)

Und dann kommt der Haupttreiber, einzig in jüdischer Unverschämtheit:

„Wir wollen helfen (!) und einen Ausgleich den schuldlos Geschädigten (!) in kolektiven (!) Sinne bieten. So haben wir uns im Einverständnis mit dem Bezirksausschuß Weier-Ems des D.B.B. gern bereit erklärt, den nachweislich Geschädigten einen besonderen Rabatt, d. h. einen Geldschädigten-Rabatt (!) in Form von Rabattsparmarken auszubringen. Zur Ausführung dieses Entschlusses schaffen wir ein besonderes Rabatbuch, in welches die entsprechenden Marken eingelebt werden. Derartige Bücher, in denen mindestens für 3 Mk. Sparmarken eingelebt sind, werden von uns zur Auszahlung gebracht. Dieser Sonderabatt beträgt — trotz der auch Ihnen bekannten äußersten Preiskalkulation für unsere Qualitätswaren — 3 Prozent.“ (!)

Jede weitere Behandlung erübrigt sich jetzt wohl. Aber das wird, das muß doch bald

Aus dem Theaterbüro wird uns gemeldet: „Zugabeorg“, die bezaubernde Ehekomödie von Kurt Gög, dem großen Schauspieler und besten deutschen Komödianten, das von der gesamten Kritik in seiner glänzenden Darstellung gelobt wurde, daß „es so unglaublich edel und lustig war, daß man sich selbst beinahe dorkam wie in einem Sektanmel“, wird heute Dienstag zum dritten Male wiederholt. Allen Freunden geistreicher deutscher Theaterkunst sei dieses Quantum Kurt Gög aufs wärmste empfohlen. Die Gegenwart ist grau genug. (Siehe Anzeige.)

In Hildesheim ist am Mittwoch die Bata-Filiale eröffnet worden. Mit Genugtuung können wir Nationalsozialisten feststellen, daß unsere Aufklärungsverfammlungen nicht ohne Wirkung geblieben sind. Wie wir hören, soll sich eine geschlossene Front aller Hildesheimer Zeitungen gebildet haben, infolgedessen, als sämtliche Hildesheimer Zeitungen es ablehnen, für Bata irgendwelche Reklame zu machen. Auch die Plakatkäulen will man ihm nicht zur Verfügung stellen. Vor dem Raden ist dauernd eine größere Anzahl Menschen verammelt, Käufer sieht man jedoch fast gar nicht herauskommen. Es haben allerdings mal zwei Frauen die bodenlose Dummheit gemacht und dort ein Paar Schuhe gekauft, sie sind aber beim Verlassen des Radens mit lauten Flurschreien empfangen worden, so daß sie fluchtartig das Weite gesucht haben.

Es wäre im Interesse des gewerblichen Mittelstandes und der deutschen Arbeitnehmer zu begrüßen, wenn die Hildesheimer Bevölkerung und die Bevölkerung von außerhalb weiterhin konsequent bleibt, und ebenso die Hildesheimer Zeitungen sich durch keine noch so verlockenden Angebote dazu begeben, die Front gegen Bata zu durchbrechen.

Die Bevölkerung von Hildesheim und Umgebung hat in diesem Falle die Gelegenheit, ihren guten Ruf besonders unter Beweis zu stellen und für ganz Deutschland als Beispiel zu wirken. Also laufe sich keiner irre machen, dann muß Bata über kurz oder lang wieder aus Hildesheim verschwinden, und die anfängliche Bevölkerung hat siegt.

Bedauerlicherweise kann man in Bremen von einer derartigen Entschlossenheit im Kampf gegen jüdische Auslandszeugnisse nicht sprechen. Die Bremer Nachrichten liehen es sich auch am Sonntag nicht nehmen, durch ein Inserat in ihrem Blatt der Bremer Bevölkerung wieder zu beweisen, daß sie dem schwer ringenden Mittelstand und volkswirtschaftlichen Verbrechen keinerlei Verständnis entgegenbringt.

jedem Volksgenossen klar sein, daß obiges immer und immer wieder nur weitere Schädigung zur Folge haben wird und haben muß, und daß hierbei nicht der einzelne, sondern nachher die Gesamtheit nachweisbar „Geschädigten-Rabatt“ wie so nebbich heißt, beziehen mußte.

Traurig muß es nur an, wenn zum Schluß der deutsche Beamten-Wirtschaftsbund dazu schreibt:

Das Tipphofenhaus für Bekleidung und Einrichtung G. m. b. H. in Bremen hat uns das obentehende Rundschreiben übergeben mit der Bitte, den Inhalt zu veröffentlichen. Wir kommen dieser Bitte im Interesse der Kollegenchaft hiermit Kollegenchaft hiermit gern nach.

Der Wirtschaftsbund der Deutschen Beamten-Wirtschaftsbundes,
Bezirk Weier-Ems, Ortsausschuß Bremen

Der 1. Vorsitzende: G. Goskamp.

Gewiß, auch eine Kollegialität, aber — eine Kollegialität, bei der wir es dem Schwarm des Lesers ruhig überlassen können, zu beurteilen, zu wem sie hält und für wen sie gern nach.

Konsum Vorwärts — am Ende!

Wie wir von verschiedenen Seiten erfahren, werteerte sich gegen den Konsum Vorwärts, die augenblicklich fällige Prozentauszahlung bar zu leisten. Man verurteilte die Genossenschaftler mit Waren zu trösten.

Ein ganzes Jahr hat man die Marktführigen verlockt und ihnen eine Vorauszahlung zur Weihnachtszeit versprochen, und jetzt muß man eingestehen, daß man nicht mehr kann, daß man am Ende ist.

Dann wird der letzte Arbeiter, der letzte Mittelhändler Schluss machen mit dem organisierten Selbstmord, wie er sich hier beweist, und wie wir ihn in unserer heutigen Nummer an mehreren Stellen deutlich genug kennzeichnen.

Der D.B.B. schreibt uns: Am 16. Dezember 1931, abends 8.45 Uhr, veranstaltet der D.B.B. im Museum eine öffentliche Verfammlun gegen die Warenhäuser. Zu der er freudlichst einladet.

Gerausgeber: Kurt Thiele, M. d. R. Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hans-Joachim von Scharf; für den Angelegenheit: C. A. Gildner, sämtlich in Bremen. — Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung. — Für unerlangt eingelebte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Auch ist sie für die Rücksendung nicht verpflichtet. — Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet. — Notationsdruck Karl Bodelmann, Bremen.

Warenhaussystem und deutscher Mittelstand

Von Gauleiter Rudolf Jordan-Halle a. S.

Seitdem unsere Wirtschaftspolitik der letzten Jahrzehnte das wirtschaftliche Denken in den Mittelpunkt unserer gesamten bürgerlichen Lebensfragen gestellt haben, sind wir dem

geistlosen Wirtschaftsmaterialismus der marxistischen Weltanschauung verfallen. Das ist jener Vorgang, der sich zunächst darin äußerte, daß die Aufgaben des Staates und der Wirtschaft nicht mehr in ihrem organischen Zusammenhange erkannt wurden, der dann in seiner geistigen Weiterentwicklung an Stelle der Hauptbegriffe jeder gesunden Volkswirtschaft, Mensch und Arbeit, die Scheingebilde des Geldes, des Profites, der Rentabilität als letztes Ziel jeder wirtschaftlichen Tätigkeit setzte und so zunächst zur Entpersönlichung aller wirtschaftlichen Funktionen führte: zum marxistischen Materialismus aber auch zum kapitalistischen Ausbeutertum.

Es ist verständlich, daß der kapitalistische Wirtschaftskampf als Kampf einer personellen Minderheit auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens, sei es Herstellung, Verteilung oder Verbrauch der Güter, die Tendenz der Konzentration haben muß. Der kapitalistischen Denkweise unserer heutigen Wirtschaftspraxis ist es jedoch zuzuschreiben, wenn diese kapitalistische Konzentration sich auf dem Gebiete der Güterverteilung in katastrophal entwickeln konnte, wie sie heute

in der mittelländischen Ausbeutung der Warenverteilung zum Ausdruck kommt. Mit der Konzentration der Güterverteilung rollt sich die Lebensfrage des gewerblichen Mittelstandes auf, und diese fordert Lösung, wenn nicht ein lebenswichtiger Teil des schaffenden Volkes der Vernichtung preisgegeben werden soll.

In dem Aufnahmungsprozeß des gewerblichen Mittelstandes hat das kapitalistische System zwei Sängnapfe mit besonderem Erfolge in Tätigkeit gesetzt: auf der einen Seite unter marxistisch-proletarischer Verbrämung die sozialparastischen Konsumvereins-Organisationen und auf der anderen Seite die offenkundig kapitalistisch eingestellten Warenhäuser. Diese beiden Systeme sind deshalb besonders gefährlich, weil sie

von den breiten Massen des schaffenden Volkes in ihrem wahren Wesen nicht erkannt werden können, da sie mit einer meisterhaften Massenpsychologie auf die Denkweise der breiten Kampfermassen spekulieren und

ihre kapitalistische Ausbeutertätigkeit hinter

der Tarnhülle der „billigen Einkaufsmöglichkeit“ verbergen. Diese Spekulation auf die breite Masse ist beim jüdischen Warenhaussystem schon so tief durchgedrungen, daß durch die einzelnen Warenhäuserbetriebe selbst den einzelnen Käuferbetriebe Rechnung getragen wird. So ist von den mächtigsten Warenhäuserbetriebe Deutschlands (Karstadt, Sandor, Tietz und Wertheim) dieses mit einer feindlichen Aufmerksamkeit, mit Teufel und Erfindungsgeist, mit Tricks und anderem Lurus auf den Goldadel des Berliner Reichens eingestellt, wogegen Sandor, das 95-Pennig-Haus mit gewöhnlichem Restaurationsbetrieb

das Haus der proletarischen Schichten darstellt und Tietz das Warenhaus des Mittelstandes ist. Allen aber sind die großkapitalistische Waise, der kapitalistische Betriebsgeist, der sich in der Modernität der Geschäftsprinzipien ausprägt, und die Neuordnung der Waren nach dem Gesichtspunkt höchster Bedarfsanpassung eigen und gemeinsam. Von diesem Wesen ist die Arbeitsweise bedingt, die dadurch wieder charakteristisch ist, daß

nicht Material und Arbeit wie beim Qualitätsbetriebe im Mittelpunkt stehen, sondern der scheinbar niedrige Preis und seine Wirkung auf die Massen.

Ausverkaufswochen, Erfrischungsräume, Dachgärten, Filmvorführungen und Tanz sind deshalb die Lockmittel, mit denen der Warenhändler die Massen täglich in die Warenhäuser peitscht, um dort einen

„Warenhunger“ zu erzeugen, dessen Befriedigung nicht mehr mit der Bedarfsdeckung als Aufgabe der Wirtschaft zu tun hat.

Die Bedarfsanregung. Die Hauptursache für den Erfolg der Warenhäuserbetriebe besteht darin, daß mit einer großartigen und wirklichen Massenkäuflichkeit Käufermassen in das Warenhaus gelockt werden, und daß in dem angelegten Publikum mit

allen Mitteln einer meisterhaften Verkaufsförderung

Bedürfnisse geweckt werden, die nur zu einem winzigen Teil wirtschaftliche Berechtigung haben.

Diese künstlich bis zum Höhepunkt getriebene Bedürfniserregung, die auf die breite Masse übertragen wird, ist die Voraussetzung für die durch das Warenhaussystem betriebene Massenproduktion und Massenverteilung, auf denen das Warenhaussystem beruht. Offenbar ist hier die vernichtende Wirkung des Warenhaussystems gegenüber dem gewerblichen Mittelstand, der mangels kapitalistischer Grundlage dieser Konkurrenz erliegen muß, so aber auch der wirtschaftlichen Waise, der in der Förderung oder auch nur Duldung des Warenhaussystems liegt.

Bei der jüngsten Entwicklung des Warenhaussystems stellen wir zunächst eine fast auffallend konsequente Konzentrierung der gesamten Warenhäuserbetriebe fest. Wie weit diese Konzentrierung schon fortgeschritten ist, beweist die Tatsache, daß heute schon in Deutschland sechs Konzerne die Hälfte des gesamten Warenhausumsatzes tätigen. Zum Zwecke der weiteren Konzentrierung wurde von einem Bankkonsortium unter Führung des Bankhauses Schlegelers u. Co. in Berlin eine „Deutsche Warenhaus AG.“ gegründet (Stammkapital 12 Millionen), an der auch mehrere Warenhausmagnaten beteiligt sind. Dieses Unternehmen stellt eine Interessengemeinschaft mit dem bekannten Pariser Kaufhaus Galeries Lafayette dar. Nach dieser ungeheuren Marktentscheidung begnügen sich die Warenhäuserbetriebe und ihre jüdischen Hintermänner jedoch nicht mehr mit den

Niegegewinnen, die ihnen aus der konzentrierten Güterverteilung zufließen, sie greifen nunmehr frech auch auf die

Warenherzeugung über und bringen so immer mehr auch die Produktion in die Machtphäre des jüdischen Finanzkapitals. So unterhält der Tietz-Konzern heute schon sechs Fabriken, in denen Konfektion, Wäsche, Schürzen, Hüte usw. zu Schandpreisen hergestellt werden. Das Warenhausunternehmen Karstadt besitzt heute schon die Aktienmehrheit bei der W. G. Altona (Seifen und Parfümerien). Bei Seymann und Helsenburg Berlin (Bekleidungs- und Wäscheherstellung), bei Wertheim, Leipzig (Kleider- und Sportartikel) sowie bei der Bogdanowitsch-Konfektions- und Wäscheherstellung, Dessau. Gerade diese beiden Konzerne sind es, die besonders erfolgreich den Konzentrierungs-

gedanken verwirklichen und die mit ihren Jangarmen immer mehr in die Provinz hinausgreifen. Dabei überbietet der Karstadt-Konzern alle anderen an Erfolge. Während Karstadt 1925 noch ein Betriebskapital von 34 Millionen Goldmark aufwies, betrug das betreffende Kapital 1928 schon 80 Millionen. 1927 betrug der Rohgewinn schon 10,32 Millionen, so daß 6,12 Millionen als Dividende verteilt werden konnten. Im vorigen Geschäftsjahr stieg der Gesamtumsatz an Waren von 277 Millionen auf 300 Millionen Goldmark, auf den ein Warengewinn von 88,9 Millionen entfiel, so daß nach Abzug der unbürdigen Unkosten eine Dividende von 12 Prozent verteilt werden konnte. Nun hat die Karstadt AG. den bekannten Zusammenschluß mit der Hindemann AG. getätigt und steht nun auch in Interessengemeinschaft mit den französischen Firmen „Printemps“, der „Galerie Renner“ und der Pariser Einheits AG. „Uniprix“. Rund 50 Warenhäuser mit Filialbetrieben gehören heute schon zum Karstadt-Konzern. Für die Weiterentwicklung im nächsten Jahre sind weitere 24 Grundstücke erworben worden. Das Tietz-Unternehmen nimmt eine ähnliche Entwicklung.

Im Jahre 1927 betrug der Umsatz von neun Warenhaus-Konzernen 1314 Millionen. Das ist eine Summe, die etwa 30 000 Einzelhändler mit einem Jahresumsatz von 60 000 RM. entspricht. Da die jährliche Steigerung des Warenhaus-Umsatzes 10 Prozent übersteigt, werden also jedes Jahr wenigstens 3000 Einzelhändler schon nach ganz roher Statistik vernichtet. Diese Zahl erhöht sich jedoch, weil die Warenhäuser durch eigene Fabriken auch in immer größerem Maße das Handwerk auffaugen.

Das nun neu errichtete Einheitspreissystem bedeutet eine weitere Attacke auf den gewerblichen Mittelstand. Sein Vorbild hat dieses System in der amerikanischen Großfirma J. W. Woolworth.

All diese Manipulationen des jüdischen Finanzkapitals ist der gewerbliche Mittelstand erdarmungslos ausgeliefert, denn das heutige marxistische Wirtschaftssystem hat kein Interesse am Fortbestehen des Mittelstandes und fördert systematisch dessen schon begonnene Proletarisierung. Die angeblichen „Abwehrmaßnahmen“, die die 600 000 selbständigen Kleinhandwerker durch den Reichsverband des deutschen Einzelhandels „organi-

siert“ treffen wollen, wirken fast tragikomisch, wenn man feststellen muß, daß als erster Vorsteher dieses Verbandes der Jude Nathan Grunfeld fungiert. Grunfeld aber ist der Schwiegervater des Berliner Warenhausjuden Tietz. So unterliegt dieser Warenhauskönig Tietz auf einem Einzelhandelskongress, in dem er ausführt, der gewerbliche Mittelstand leide nicht unter der Konkurrenz der Warenhäuser, sondern unter der Konkurrenz der allzu vielen kleinen lebensunfähigen Betriebe. Um diese Konkurrenz zu beseitigen,

sei das Verschwinden von Hunderttausenden solcher schwacher Betriebe dringendes Erfordernis!

Das heißt mit anderen Worten, nicht das Warenhaus ist der Todfeind des Mittelstandes, sondern der Mittelstand selbst.

Daran denke jeder Einzelhändler, wenn er mit schweren Steuer- und Beschlüssen in seinem Laden steht und auf Kunden wartet, während der Andrang des Publikums zum Ausverkauf des Warenhausjuden durch die Verkehrsbehörden geregelt werden muß. Als Höhepunkt des jüdischen Warenhauskonzerns, der von Karstadt AG. im Handelsblatt der „Kölnischen Zeitung“ (Nr. 645, 927) die Vernichtung des selbständigen Mittelstandes als volkswirtschaftlich gesund und richtig hinstellt und auf den neuen gefunden Mittelstand hinweist, der in den leidenden Kräften der organisierten Großbetriebe allmählich entsteht.

Gegenüber diesem jüdischen Machtwillen verlagern alle Schutzmassnahmen des sterbenden Mittelstandes, solange der Jude den Geist unserer Wirtschaft bestimmt und leitet.

Die Frage um das Warenhaussystem ist für uns nicht eine Frage der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit, die in der Verbilligung der Waren ihre wirtschaftlich bejahende Antwort finden könnte, sondern die

Existenzfrage eines lebenswichtigen Volksteils

und damit eine Lebensfrage des gesamten Volkes.

Um den wirtschaftlichen und bürgerlichen Organismus zu erkräften und zu erhalten, proklamieren wir Nationalsozialisten den Kampf gegen das mittelstandsfördernde Warenhaussystem und fordern programmatisch die Schaffung eines gesunden Mittelstandes.

Hungertarifgehälter in bremischen Warenhäusern

Es ist bezeichnend für die jüdische Großmannschucht der bremischen Warenhäuser: Rudolph Karstadt, Gpa. Jul. Vamberger, Hermann u. Neumann, Kaufhaus des Westens, Wohlwert Handels G. m. b. H., J. W. Woolworth Co.,

daß sie ausgerechnet im Monat Dezember den Tarifvertrag mit den kaufmännischen Angestellten kündigen. Der in Angestelltenkreisen als Scharfmacher bekannte Rechtsanwalt Dr. Neumann, Bremerhaven, den sich die Warenhäuser als Berater verschrieben haben — er scheint den Warenhäuservertretern rassenmäßig verbunden zu sein — glaubt scheinbar heute mit den Angestellten machen zu können, was ihm beliebt. Der Tarifvertrag ist 1929 abgeschlossen. Seine Gehaltsgehalte sind in Deutschland unerreicht — niedrig. Ein angelernter Kaufmannsgehilfe bekommt nach diesem Tarifvertrag ein Monatsgehalt von 80.— RM., also einen Stundenlohn von 40.— RM. Allen! Die Kleinmädchenfrauen im Warenhaus beziehen zu der Zeit mindestens 60 Pfennige Stundenlohn. Die weiblichen Angestellten haben nur einen Tarifanspruch auf 75.— RM. Das tarifliche Endgehalt für einen Verkäufer beträgt, einerlei ob er 26 Jahre oder 50 Jahre alt ist 165.— RM. Von den Tarifgehältern kann ein Verkäufer, der aus beruflichen Gründen überständig gelistet gehen muß, nicht leben. Die Warenhäuser spekulieren darauf, daß die Eltern ihren Söhnen und Töchtern einen Fußfänger geben, natürlich nur um der Ehre willen, daß die Kinder ihre Gesundheit und ihre Arbeitskraft für die Warenhäuser hergeben dürfen. Weil aber der Warenhäuserbetriebe Jude ist, und dementsprechend die genügende Geschäftlichkeit besitzt, den Verbrauchern Sand in die Augen zu streuen, verliert er, die Tarifverträge zu bagatellisieren und von großen Leistungszulagen zu reden. Die Geschäftsführer und Abteilungsleiter geholt, nach dem Grundsatze, daß die freigelassenen Sklaven die besten Sklavenhalter sind. Die große Anzahl der Verkäufer und Verkäuferinnen muß sich die Leistungszulage zum größten Teil dadurch verdienen, daß sie Waren vertreiben, die dem Verkäufer eine Verkaufsprämie verheißt. Was die Warenhäuser auf normalem Wege nicht loswerden können, wird nämlich mit einer Prämie ver-

sehen, die dann am höchsten ist, wenn das Stück am schwierigsten abzugeben ist. Kundendienst im Warenhaus von der anderen Seite aus gesehen.

Wir fordern die Verbraucher — soweit sie noch dumm genug sind, bei den jüdischen Warenhäusern zu kaufen, — auf, bei jedem Einkauf im Warenhaus den Verkäufer und die Verkäuferin zu fragen, welche Verkaufsprämie auf das Stück gezahlt wird.

Die Warenhäuserbetriebe werden dann sicher so sozial sein, nur die Waren zu kaufen, die dem Verkäufer aus einem bescheidenen Gewinn lassen. Denn von den Tarifgehältern können die Angestellten nicht leben.

Es ist bekannt, daß Juden gern die Rolle des Diktators spielen. Herr

Friedmann von Rudolph Karstadt

scheint, nach den uns vorliegenden Flugblättern zu urteilen, aus von dieser jüdischen Leidenschaft ergriffen zu sein. Wie kann man sonst anders das unverschämte Verlangen an die Gewerkschaften erklären, daß die Verbände sich bei Beginn der Verhandlung grundsätzlich bereit erklären sollen, über einen Gehaltsabbau zu verhandeln. Anderswo ist es üblich, daß die Arbeitgeber sich zunächst einmal über die Gründe auslassen, weshalb die Tarifgehälter gekürzt werden sollen. Das haben die Bremer Warenhäuserbetriebe nicht nötig! Statt dessen unterbreiten sie den Angestelltenverbänden folgendes Angebot:

Die Tarifgehälter werden um 6 bis 14 Prozent gekürzt. Das Anfangsgehalt für einen männlichen Verkäufer soll demnach 75.— RM. betragen.

Die Tarifsätze würden dann unter den Tarifgehältern vergleichbarer Einzelhandelsfirmen aus dem Jahre 1926 liegen.

Der alte Tarifvertrag enthält zum größten Teil Tarifgehälter, die schon unter dem Tarifgehälter-Stand Anfang 1927 liegen. Die alten Tarifgehälter können also auf Grund der Notverordnung überhaupt nicht mehr gekürzt werden, weil der verordnete Gehaltsabbau als die Mindestgrenze den Stand der Tarifgehälter vom 10. 1. 1927 angibt.

An dieser Zumutung mußte sich die Kampfkraft der Angestelltenvereinigungen beweisen. Der DGB hat den Warenhäuserbetriebe die Verlängerung des alten Tarifvertrages abgelehnt, erklärte der DGB, daß er freiwillig nicht einen Pfennig vom alten Tarifvertrag ablassen würde und verließ die Verhandlung. Anders der marxistische Zentralverband der Angestellten und sein Halbbruder der Gewerkschaftsbund der Angestellten. Sie erklärten, über einen Gehaltsabbau verhandeln zu wollen.

Ein besonderes Vorbeerbild im Kampf gegen die Angestellten und ihre Gewerkschaften scheint sich die heutige Geschäftsleitung der Rudolph Karstadt AG. um das jüdische Denkerhaupt werden zu wollen. Trotzdem ein Tarifvertrag besteht, der zungunsten des jüdischen Angestelltenverbände für die Karstadt-Angestellten ausreicht, blieb es den Herren Neumann und Friedmann überlassen, sich von den Angestellten einen Revue unterzeichnen zu lassen, mit folgendem Wortlaut:

„Hiermit erkläre ich mein Einverständnis, daß die Firma Rudolph Karstadt AG., Bremen, bereit ist, unter entwerfender Kürzung des Gehalts Kurzarbeit einzuführen, wenn die Geschäftslage dieses erforderlich machen sollte. Dieser Vertrag gilt als Teil der Angebotsbedingungen.“

Alle Angestellten haben selbstverständlich unterschrieben. Kein Wunder, wenn jeder Angestellte weiß, daß ein Nichtunterschreiben gleichbedeutend mit Entlassung ist. Nachdem Karstadt sich die Unterschriften durch ein wenig Zudrücken mit dem „Entlassungs-Kleber“, „belobt“, hatte, wurde er bei der Durchführung der Kurzarbeit „sozial“, er überließ es den Angestellten, nach entwerfender Belehrung durch die Geschäftsleiter — die Kurzarbeit durchzuführen und damit Entlassungen — die angebroht wurden — zu vermeiden.

Karstadt ist so sozial, daß er sich seine soziale Gefinnung sogar von den Angestellten bezahlen läßt. Den ordnungsgemäßen Abschluß eines Kurzarbeitsabkommens mit den Gewerkschaften lebte er ab. Es geht ja auch so. Frau Deubell